Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 201. Donnerstag, den 29. August 1907. 14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Deutsche „Kulturarbeit“.

☾ Auf dem Internationalen Kongreß hat bekanntlich die Frage der Kolonialpolitik zu eingehenden Erörterungen Anlaß gegeben. Fassen wir den Kern der Ausführungen der Genossen van Kol, Bernstein, David richtig auf, so ist es dieser: den Völkern höherer Kultur obliegt die Pflicht, die zurückgebliebenen wilden Völkerschaften nicht völlig sich selbst zu überlassen, sondern ihnen die Zivilisation zu bringen, schon weil wir nicht das Recht, auch nicht die Möglichkeit haben, die Naturschätze ihrer Länder unbenutzt zu lassen; diese können aber nur entweder durch Ausrottung oder durch Erziehung jener Völker zur Kultur gewonnen werden. Der Sozialismus habe sich für Erziehung zu entscheiden. Aus diesem Grunde könne nicht jede Kolonialpolitik unterschiedslos verworfen werden.

Niemand wird verkennen, daß hierin ein berechtigter Kern steckt. Dem ist aber auch vom Kongreß Rechnung getragen worden, denn es heißt ja in der angenommenen Resolution:

„Der Kongreß ... verlangt im Interesse der Entfaltung der Produktivkräfte eine Politik, die die friedliche kulturelle Entwicklung gewährleistet und die Bodenschätze der Erde in den Dienst der Höherentwicklung der gesamten Menschheit stellt.“

Daß im übrigen gerade in Sachen der „Kulturaufgaben“ die allergrößte Vorsicht gegenüber allen Maßnahmen des kapitalistischen Staates geboten ist, das lehrt wiederum ein Aktenstück, welches gerade jetzt von der preußischen Regierung an die Öffentlichkeit gebracht worden ist. Wir meinen die von uns schon kurz erwähnte Denkschrift mit dem pompösen Titel „Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit“. Wir haben zu dem, was man amtlicherseits „deutsche Kulturarbeit“ zu nennen beliebt, von vornherein kein übermäßiges Vertrauen gehabt. Aber so lange wir nur den Titel der Denkschrift kannten, dachten wir uns immerhin, sie werde eine Schilderung enthalten, was alles in den polnischen Landesteilen angeblich zur Förderung der Kultur geleistet worden sei, entweder der Kultur des Bodens oder der Hebung des Wohlstandes der Einwohner. Man weiß ja, daß die in Preußen maßgebenden Kreise es trefflich verstehen, ihre Taten rühmend in die Welt auszuposaunen. Dernburg mit seinen unsterblichen Dattelhainen und Kolonialbilanzen ist das jüngste, in die Augen fallende Beispiel dafür.

Nachdem wir aber nun über den Inhalt der Denkschrift unterrichtet worden sind, müssen wir gestehen, daß uns ein größerer „Bluff“ seit langem nicht vorgekommen ist. Will man nicht annehmen, daß der Titel direkt auf Irreführung berechnet ist — und das darf man doch wohl nicht bei einem amtlichen Dokument — so bleibt nur übrig, daß das Wort „Kultur“ im preußisch-offiziellen Jargon etwas ganz anderes bedeutet als im Sprachgebrauch der gewöhnlichen Sterblichen. Man höre.

Die Denkschrift will den Beweis führen, „daß die Siedelungstätigkeit des Staates große wirtschaftliche und politische Erfolge erreicht hat.“

Macht schon mißtrauisch. Wirtschaftliche Erfolge möchten angehen, aber politische? — Unter politischen Erfolgen versteht man in Preußen immer nur die Zurückdrängung mißliebiger politischer Ansichten. Was hat die mit „Kultur“ zu tun? — Doch hören wir weiter.

Wie erbringt die Denkschrift den von ihr angebotenen Beweis? Man liest da u. a.:

„Die Bedeutung des bisher Geleisteten liegt weniger in einem eigentlichen Fortschritt des Deutschtums, als darin, daß sein Rückgang endlich zum Stehen gebracht und jetzt das Polentum im Begriff ist wieder zurückzuweichen. Das darf darüber nicht täuschen, daß es noch jahrelanger Arbeit bedarf, um die nationalen Verluste der letzten Jahrzehnte wieder einzuholen. Die große Überlegenheit in der Zahl sichert der polnischen Bevölkerung noch immer die größere — reine — Zunahme; man darf darüber nicht im Zweifel sein, daß sie sich schon bei einer Veränderung der Siedelungstätigkeit auch prozentisch wieder stärker vermehren würde als die deutsche, wie das bis 1900 der Fall war. Es ist auch nicht zu übersehen, daß das Polentum in den letzten 20 Jahren wirtschaftlich und politisch an innerer Kraft gewonnen hat. Teilweise ist diese Stärkung eine unmittelbare Folge der deutschen Siedelung. Wenn aber der Zustrom der Deutschen aufhören sollte, so wäre die polnische Gefahr ernster als je.“

Man muß staunen. Hörten wir nicht im Titel etwas von deutscher Kulturarbeit? — Hier aber ist immer und immer nur die Rede von der Zurückdrängung des „Polentums“ und den angestrebten Fortschritten des „Deutschtums“. Und selbst diese Worte sind nicht in ihrem eigentlichen klaren Sinn gebraucht, sondern sie sollen eine Umschreibung sein für das, was man mit brutaler Offenheit nennen müßte Verdrängung der polnischen Bewohner des Landes durch Deutsche!

Das also bedeutet im Sprachgebrauch der preußischen Regierung das Wort Kultur! Ist es nicht eine starke Zumutung an den beschränkten Untertanenverstand? Nehmen wir an, es wäre Napoleon vor 100 Jahren geglückt, die französische Regierung dauernd in Deutschland zu errichten, also aus Frankreich und Deutschland ein Reich zu machen; und es begänne die Regierung eine Politik, die darauf abzielte, die deutschen Bewohner aus Preußen, Mecklenburg 2c. zu verdrängen und durch französische zu ersetzen. Wem von uns würde es einfallen, solches Beginnen eine Kulturarbeit zu nennen? Wem würde es nicht im Gegenteil als der Gipfel aller Barbarei und Unkultur erscheinen? Und nun sollen wir dieselbe Tat als Kulturarbeit anerkennen, bloß weil sie sich nicht gegen Deutsche, sondern gegen Polen richtet?

Das führende Zentrumsorgan, die „Germania“, die aus bekannten Gründen eine Gegnerin der preußischen Polenpolitik ist, bemerkt hierzu:

„Es ist gar nicht abzusehen, wie man die natürliche größere Zunahme der polnischen Bevölkerung irgend einmal übertreffen zu können glaubt.“

Das ist auch ein sehr bezeichnender Standpunkt. Wir möchten uns dem gegenüber doch vor allen Dingen einmal die Frage erlauben, weshalb man denn dergleichen anstrebt. Ist es denn für die Kultur, für das Wohlergehen der gesamten Menschheit nicht im höchsten Grade wünschenswert, daß ein hochzivilisiertes, intelligentes Volk wie die Polen in jeder nur denkbaren Weise sich wieder entwickelt?

Für den denkenden Sozialdemokraten sind ja nun die inneren Triebfedern der preußischen Polenpolitik kein Geheimnis. In Preußen regieren die Agrarier, das sagt alles. Jedes Kind kann sich berechnen, daß selbst mit den verwegensten Mitteln die Polen doch nicht außer Landes getrieben werden. Höchstens kann man sie vom flachen Lande, aus dem Besitz des Grund und Bodens verdrängen. Aber dann werden sie sich natürlich in den Städten um so zahlreicher sammeln, doch das ist dem Junkertum gleichgültig, und so sieht man, daß selbst die Redensarten vom „Fortschritt des Deutschtums“ nur Flausen sind, hinter denen sich etwas ganz anderes verbirgt.

Indessen, das sind Zusammenhänge, die wir oft genug abgehandelt haben und die jedem unserer Leser geläufig sein dürften. Von Wichtigkeit scheint es uns aber, an diesem Beispiel von neuem zu beweisen, daß die „Kultur“ des kapitalistischen Staates nicht das geringste gemein hat mit Kultur im sozialistischen Sinne des Worts. Es ist die preußische Polenpolitik im Grunde genau dieselbe wie die deutsche Hereropolitik. Den Herero ihr Land wegzunehmen, das war schließlich das Ziel der deutschen Kolonialpolitik in Südwestafrika. Als Entschuldigung führte man an, daß diese Wilden ihr Land ja doch nicht in der richtigen Weise auszunutzen verständen, daß Europäer nötig seien, um die dortigen Bodenschätze der Allgemeinheit nutzbar zu machen und daß folglich die Wilden im Interesse einer höheren Kultur weichen müßten. Übrigens sei es auch ganz egal, ob die eingeborenen Völkerschaften von den Weißen weggefegt würden, oder ob unter einander ein Stamm den andern vernichtete. Unter diesen Vorwänden begab man sich an die Ausrottung der Herero. Kein einziger von diesen Vorwänden trifft auf die Polen zu. Sie sind ein europäisches Volk, von einer mindestens ebenso hohen Kultur wie ihre Bedränger, seit Jahrhunderten im Besitz ihres Landes, dessen Naturschätze sie auf durchaus europäische Art nutzbar machen. Und trotzdem befolgt man auch ihnen gegenüber eine Politik, die, wenn sie überhaupt einen Sinn hat, auf ihre Ausrottung abzielen muß. Das beweist, daß der wahre Beweggrund gegenüber den Herero wie gegenüber den Polen keinerlei Rücksicht auf die Kultur, sondern nackte Selbstsucht ist.

Und man wagt, uns das unter dem Namen „Kulturarbeit“ vorzusetzen! Wir würden schön fahren, wenn wir dem Staate zu seiner „Kulturarbeit“, sei es bei den Wilden, sei es bei den Polen, irgend welches Vertrauen entgegenbrächten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Fiasko der „Finanzreform“.

Wir haben schon vor ein paar Tagen, als die neuen Steuern festere Formen zeigten, darauf hingewiesen, wie nach den vorläufigen Zahlen die berühmte Stengelsche Finanzreform ein völliges Fiasko erleidet und nicht den materiellen Erfolg zeigt, den man sich auf seiten der Regierung von ihr versprach. Inzwischen sind nun die Steuerergebnisse für das erste Drittel des laufenden Etatsjahres publiziert worden, und sie bestätigen nur, was die bisherigen Zahlen schon voraussagten. Der Stempel von den Personenfahrkarten war in dem Etatsentwurfe, den die verbündeten Regierungen zuerst dem Reichstage vorgelegt hatten, in der ganzen Jahreseinnahme auf 45 Millionen Mark geschätzt worden und zwar entsprechend den Berechnungen, die man bei der Einführung der Steuer vorgenommen hatte. Schon bei den Reichstagsberatungen war es, namentlich auf Grund der bis dahin festgestellten tatsächlichen Einnahmeverhältnisse, klar, daß diese Stempelsteuer unmöglich den hohen Betrag abwerfen würde. Im Reichstage wurde deshalb der für 1907 zu erwartende Betrag auf 30,4 Mill. Mark herabgemindert. Aber auch diese Summe wird, wenn sich die Einnahmeverhältnisse nicht wesentlich ändern, schwerlich erreicht werden. Im ersten Jahresdrittel wurden vom Personenfahrkartenstempel 5,7 Mill. Mark eingenommen. Danach würde am Ende des Jahres nicht viel mehr als die Hälfte des Etatsansatzes erreicht werden. Die Erträge der Kraftfahrzeugsteuer sowie der Besteuerung von Vergütungen an Mitglieder von Aufsichtsräten fallen nicht sehr ins Gewicht, aber auch bei ihnen lassen die bisherigen Einnahmen nicht den Schluß zu, daß die Etatsansätze werden erreicht werden.

Bei der Erbschaftssteuer haben ja wegen der Übergangsbestimmungen immer noch keine geregelten Verhältnisse Platz gegriffen. Man kann hier, wird offiziös versichert, hoffen, daß der Etatsansatz schließlich doch noch erreicht werden wird, groß ist die Hoffnung aber nicht, wenn man sich vergegenwärtigt, daß im ersten Jahresdrittel tatsächlich nahezu 7 Millionen Mark vereinnahmt wurden, im Etat aber für das ganze Jahr 37 Millionen Mark eingesetzt sind. „Auf jeden Fall“, so muß selbst die offiziöse Stimme zugeben, „hat man sich von den neuen Steuern mehr versprochen, als sie gehalten haben.“ Trotz dieser nackten tatsächlichen Ziffern will bei dieser Gelegenheit die „Magdeb. Zeitung“ an „zuständiger Stelle“ erfahren haben, daß im Reichsschatzamt die Einbringung neuer Steuervorlagen noch nicht in Erwägung gezogen sei. Herr v. Stengel hoffe, ohne weitere neue Steuern auszukommen. Dieses Geschwätz wird selbst regierungsfrommen Blättern zu toll, und die biedere „Tägl. Rundschau“ schreibt denn dazu auch ganz trocken:

„Das ist selbstverständlich Unsinn. Es kommt lediglich das in Frage, ob das neue Steuerbukett schon in diesem oder erst im nächsten Winter an den Reichstag gelangt.“

Die Wahrheit wird schließlich die sein, daß wir in diesem und im nächsten Winter neue Steuervorlagen bekommen! — Für diesen Winter ist die Vorlage, wie wir neulich eingehend bewiesen, eine etatsmäßige Notwendigkeit, ob man will oder nicht; und da die ganze Regiererei bei demselben System wie bisher bleibt, braucht man kein Prophet zu sein, um zu wissen, was uns weiter und in jedem neuen Jahre bevorsteht. Nur ein völliger Wechsel im System der Ausgaben kann eine Sicherung der verwahrlosten Finanzen des Deutschen Reiches anbahnen!

Vom Katholikentag in Würzburg.

Am Dienstag fand zunächst eine Wallfahrt nach den „Käppeln“ bei Würzburg statt. Dann begann um 10 Uhr die zweite geschlossene Generalversammlung, in der für 1908 Düsseldorf, für 1909 Münster als Schauplatz der Zentrumsparade bestimmt wurden. Darauf verhandelte man über die Tätigkeit der deutschen Missionsgesellschaften in den Schutzgebieten, wobei der Missionsvikar Dr. Henninghaus aus Südschantung die „Gefahr“ an die Wand malte, daß das Christentum in China unter protestantische Herrschaft gerate. Das dürfe nicht sein. Das katholische Missionswesen sei deshalb kräftig zu unterstützen. Daß die Chinesen Christen werden, genügt also nicht, sie sollen Katholiken werden. Die protestantischen Missionare requirieren aber die „christlichen“ Chinesen ebenso für sich. Da mögen die Chinesen einen schönen Begriff vom Christentum bekommen.

In der zweiten öffentlichen Versammlung sprach zuerst Pfarrer Barthels-Bielefeld über die kirchliche Notlage der Katholiken im Inlande. Er klagte über die zunehmende Verwahrlosung der Jugend und die wachsende Unsittlichkeit in den großen Städten. Von der Unsittlichkeit in den schwärzesten Winkeln unseres Vaterlandes und dem Anteil katholischer Geistlicher daran scheint er noch nichts gehört zu haben. Die Schlußfolgerung war, daß neue Kirchen gebaut werden müßten und überhaupt die „Seelsorge“ zu vermehren sei. Für den Bonifaciusverein müsse mehr Reklame gemacht werden. Sogar an den Maßkrügen will der rettungseifrige Pfarrer sie anbringen! Darauf sprach Professor Dr. Martin Spahn (nicht zu verwechseln mit dem Zentrumsdiplomaten) über

„Katholizismus und Hochschule“, und Rektor Beuck-Bochum über „Katholizismus und Volksschule“. Ersterer wetterte gegen die ungläubigen Professoren und verlangte, daß dem Vordringen des Monismus Halt geboten werde. Auch auf den Universitäten müsse der christliche Geist gestärkt werden. In der katholischen Presse müsse den „Weltanschauungen“ mehr Beachtung geschenkt werden. Im gleichen Sinne beanspruchte Rektor Beuck die Obmacht des Katholizismus über die Volksschule. Der Katholizismus fordere nicht bloß, daß der Religionsunterricht die erste Stelle einnehme, sondern er verlange, daß er eine zentrale Stellung einnehme. Daraus ergebe sich die Folgerung: Die Volksschule müsse konfessionell sein. Die Kirche müsse auf die Volksschule ihren vollen Einfluß ausüben. Die Darlegungen beider Redner zeigen, welche Gefahr der Ultramontanismus für die Schule und die ganzen modernen Bildungsbestrebungen bildet. Alles soll der Kirche und ihren Interessen untertan gemacht werden. Ob die Volksbildung selbst dabei unter die Räder gerät, das ist den Pfaffen und ihrem Anhang gleichgültig.

Etwas für die württembergische Regierung.

Der Londoner Mitarbeiter der „Frankfurter Ztg.“ schreibt zur Ausweisung des Genossen Quelch: Herr Quelch hat die Absicht, sich in das Parlament wählen zu lassen, und soviel ist sicher, daß seine Ausweisung aus dem Königreich Württemberg ihn hier in England populär gemacht hat, und daß ihm dies bei einer Wahl Stimmen einbringen wird. Die Ausweisung gab der englischen Presse eine Sensation, und die Social Democratic Federation vermehrt die Sensation, indem sie gestern früh in aller Eile Herrn Quelch am Bahnhofe Holborn Station einen lärmenden Empfang bereitete. Am Abend gab es im Versammlungssaal der Social Democratic Federation eine offizielle Begrüßung des Herrn Quelch, und der württembergischen Regierung wurde dabei dankbare Anerkennung zuteil. Herr Quelch hat durch die Ausweisung keine andere Unbequemlichkeit erlitten, als daß er Stuttgart 36 Stunden früher hat verlassen müssen, als es seine Absicht war. Was Herrn Quelch hier noch sehr nützt, ist der Umstand, daß die Worte, die er auf dem Stuttgarter Kongresse gebrauchte und die zu dem Einschreiten der württembergischen Regierung Anlaß gaben, in England ziemlich harmlos aufgefaßt werden. „Thieves' kitchen“ und „thieves' supper“ sind Ausdrücke, denen man hier in Leitartikeln sehr respektabler Blätter begegnet, und sie werden dann gebraucht, wenn es sich um eine Veranstaltung handelt, die angeblich zur Übervorteilung anderer dient. Nach extrem sozialdemokratischer Anschauung ist jeder militärische und kapitalistische Staat ein Banditeai, und die Haager Konferenz ist nach dieser Anschauung eine Diebesküche. Herr Quelch erklärte bei dem Empfange mit großem Nachdruck, daß er nicht daran gedacht habe, die Delegierten der Haager Konferenz persönlich zu beleidigen.

Verbrannt wird nicht.

Herr Holle, der neue Kultusminister, hat es nicht über sich gewinnen können, in der Feuerbestattungsfrage den Standpunkt seines reaktionären Vorgängers zu verlassen. Er hat die Ablehnung des Antrages auf Ingebrauchnahme des Hagener Krematoriums bestätigt, wofür ihm natürlich von Konservativen und Klerikalen reichlich Weihrauch gespendet wird. — Das sind die Minister des liberalen Blocks. O über den siegreichen Freisinn.

Sozialdemokratischer Fortschritt in Elsaß-Lothringen.

Bei der am Sonntag in Metz vollzogenen Bezirkstagswahl haben von 2790 eingeschriebenen Wählern 1590 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Es erhielten der sozialdemokratische Kandidat Genosse Schleicher 462, der Schuhfabrikant Mennen (Lothr. Block) 680, der Rentner Konrad (Sammlung und Zentrum) 357, und der Exgenosse Bortman 62 Stimmen. Die niedergerittene Partei hat seit 1903 in diesem Kanton 232 Stimmen gewonnen. Am Sonntag, den 1. September, findet Nachwahl zwischen Schleicher und Mennen statt.

Aus Südwestafrika.

Die Pferdewache des Telegraphenpostens [illegible] ist am 26. August einen Kilometer südlich dieses Ortes von etwa acht Hottentotten, wahrscheinlich aus der Gegend von Rietfontein, beschossen worden. Gefreiter Friedrich Menge, früher beim Infanterie-Regiment Nr. 155, erhielt einen leichten Schulterschuß. Die Pferde wurden in Sicherheit gebracht. Die Verfolgung wurde aufgenommen. Ob diese Hottentotten zu Morengas Bande gehören, ist zweifelhaft. Nach einem aus Windhuk eingegangenen Telegramm übernahm Gouverneur von Schuckmann die Geschäfte des Gouvernements am 25. August.

Österreich-Ungarn.

Soldaten als Mordbrenner. Der rumänische Abgeordnete Dr. Julius Maniu sandte den Budapester Blättern die kaum glaublich klingende Nachricht, daß am 25. August ein Bataillon des 24. Honved-Regiments in die Ortschaft Pusod ohne jeden Grund eingedrungen sei und unter der rumänischen Bevölkerung ein förmliches Blutbad angerichtet habe. 6 Personen seien hierbei getötet, 15 schwer und 30 leicht verletzt worden.

England.

Parlamentarisches Aufräumen in England. Das englische Oberhaus hat am Dienstag, nachdem das Unterhaus die meisten Abänderungsvorschläge zur englischen Landbill abgelehnt hatte, dieselben fallen lassen. Das Gesetz ist damit endgültig in der vom Unterhaus bestimmten Fassung angenommen. Gleichfalls nahm das Oberhaus die Gesetzesvorlagen über das Patentwesen und die Einfuhr von Nahrungsmitteln an. Nachdem die Vorlage zwischen dem Ober- und Unterhaus hin- und hergegangen ist, ist ein Kompromiß erzielt worden. Die Regierung bedauert den Wert des Gesetzes erheblich verringert durch die Zugeständnisse, die sie hat machen müssen, um die Annahme des Gesetzes zu sichern. Die gesetzgeberische Arbeit des Oberhauses wurde damit beschlossen, daß das Haus die Vorlage über die Garantie des Reiches für die Anleihe der Kolonie Transvaal im Betrage von fünf Millionen Pfund Sterling in allen Lesungen annahm.

Rußland.

Der Petersburger „Verschwörer“prozeß. Über die vorgestrige Verhandlung des Petersburger Militärgerichts gegen die eines angeblichen Attentats gegen den Kaiser Nikolaus II. angeklagten Revolutionäre wird von russisch-offiziöser Seite folgendes mitgeteilt: „Der Verteidiger der Sophia Feodosjewa, Rechtsanwalt Andrejewski gab zu, daß eine Verschwörung bestanden habe, wies aber nach, daß Feodosjewa in keiner Weise daran beteiligt und in die Pläne der Verschwörer nicht eingeweiht war. Die Rechtsanwälte Nikonow und Andronikow, die den Angeklagten Nikitenko verteidigen, führten den Nachweis, daß der Angeklagte nicht den Plan gehegt habe, den Zaren zu ermorden, und noch weniger Vorbereitungen zu dieser Ermordung getroffen habe, wenn sie auch zugaben, daß man in ihm einen Feind der bestehenden Staatsordnung Rußlands erblicken müsse.“ Nach diesen von offiziöser Seite gemachten Mitteilungen muß die Anklage auf sehr schwachen Füßen ruhen. Wie bekannt, hatte Stolypin der zweiten Reichsduma grausige Details über diese angebliche Verschwörung gegen das Leben des Zaren enthüllt. Er schritt dann auf Geheiß des Zaren zur Auflösung der Duma, als diese nicht in der gewünschten Weise auf die Mitteilungen über die angebliche Verschwörung reagiert hatte. Der Militärgerichtshof aber, der „auf Befehl“ die Beweisaufnahme eingeschränkt hat und dann wiederum „auf Befehl“ dahin entschieden hat, daß das Ergebnis der Beweisaufnahme dem „in der Voruntersuchung“ ermittelten Sachverhalt entspreche, wird wohl ohne Zweifel die Angeklagten nach dem Antrage der als Vertreter der Staatsanwaltschaft fungierenden Offiziere verurteilen. Und dies wiederum „auf Befehl“!

Marokko.

Neue Kämpfe. Aus Casablanca wird gemeldet: Am 25. August nachmittags fand ein Zusammenstoß statt zwischen einer Aufklärungsabteilung der Spahis und dem Feind, der ein Gehöft 5 Kilometer vom Lager entfernt innehatte. Die Spahis stiegen von ihren Pferden und eröffneten das Feuer, wurden aber bald von einer Truppe von etwa 500 Marokkanern eingeschlossen, die sich in der Nähe verborgen gehalten hatten. Die Spahis zogen sich nun langsam nach ihrem Lager zurück. Eine Kompagnie der Fremdenlegion und eine Kompagnie afrikanischer Schützen mit zwei Kanonen kamen ihnen schleunigst zu Hilfe. Sie empfingen die Marokkaner, die die Spahis verfolgten, mit Salvenfeuer. Die Marokkaner ergriffen die Flucht und sammelten sich abermals 4000 Meter rückwärts. Sie schickten sich zu einem neuen Angriffe an, als die 75 mm-Kanonen sie mit empfindlichen Verlusten auseinandertrieben. Die Marokkaner flüchteten darauf in der Richtung auf Taddert zu.

Vom Gegensultan. Nach einer Meldung des „Temps“ aus Mazagan machte der dortige Gouverneur dem französischen Konsul Mitteilung von der Proklamation Mulay Hafids zum Sultan und äußerte dabei, daß dieser den Thron einnehmen müsse, wenn er auch nicht wolle, da er durch die Stimmung aller Stämme des Südens dazu gezwungen sei. Mulay Hafid hatte Marakesch verlassen und den Marsch nach Saffi angetreten, wo seine Proklamation zum Sultan mit Begeisterung aufgenommen sei. Die üblichen Salven wurden nur aus dem Grunde nicht abgefeuert, weil man besorgte, daß die benachbarten Stämme glauben könnten, die Stadt werde bombardiert. — Nach einer Meldung des „Temps“ aus Casablanca hat Mulay el Amin, als er von der Proklamation Mulay Hafids Kenntnis erhielt, den französischen Konsul gebeten, ihn schleunigst zu Schiff nach Frankreich bringen zu lassen. Der Konsul beruhigte ihn aber mit dem Hinweis, daß Frankreich ihm seinen Schutz angedeihen lasse. — Nach einer Meldung der Agence Havas aus Mazagan hat Mulay Amin am 23. August um die Erlaubnis gebeten, in die Stadt einrücken zu dürfen. Die Erlaubnis wurde nicht erteilt. Die Stadt ist ruhig.

Etwas von Lübecks früheren bürgerlichen Reichstagsabgeordneten.

⁂ Die von der Reichsverbandskorrespondenz zur Verleumdung der Sozialdemokratie gespeisten „Lüb. Anzeigen“ haben die Aufgabe, ihre wenigen, nur den wohlhabenden Kreisen — der sog. Hautevolee — angehörigen Leser täglich über die Vorgänge in der sozialdemokratischen Partei zu unterrichten. Gegen dieses löbliche Beginnen kann niemand und am wenigsten wir etwas einzuwenden haben. Was uns heute dazu drängt, den täglichen Anwürfen der alten, schon kindisch werdenden Dame in der Königstraße näher zu treten, ist einmal die Tatsache, daß dieses Blatt es wagen darf, seine Leser — die doch vielfach, wenn auch nicht immer Universitäten, so doch Gymnasien, Real- und sonstige höhere Schulen besucht haben — mit solchem abgestandenen politischen Kohl täglich zu regalieren. Dieses ist unseres Erachtens nur eine Folge der Unterordnung unserer lübschen „liberalen“ Parteien unter die Botmäßigkeit des großen Reichsverbandsgenerals. Das Sprichwort: Reich dem Teufel einen Finger und er nimmt gleich die ganze Hand, wird bildlich zur Wahrheit, wenn man Tag für Tag die Schuttabladestelle der Reichsverbandskorrespondenz im Amtsblatt in Augenschein nimmt. Dann nötigt uns auch noch die ganz kolossale Unverfrorenheit der leitenden Männer in der Königstraße in der lokalen sowie in der Reichspolitik die Feder in die Hand, um einmal diesen Herren ein wenig auf die Socken zu helfen.

Wir brachten gestern unter „Lübeck und Nachbargebiete“ einen mit der Spitzmarke: „Eine Perfidie“ gekennzeichneten Anwurf des Amtsblattes gegen unsern Genossen Th. Schwartz und bemerkten dazu, daß wir gelegentlich einmal der parlamentarischen „Tätigkeit“ unserer früheren bürgerlichen Reichstagsabgeordneten näher zu treten gedächten. Das soll schon heute geschehen.

Der erste bürgerliche Vertreter saß nur eine ganz kurze Zeit im „Norddeutschen Reichstag.“ Es war der Zollvereinler Dr. Görtz, Gerichtsdirektor a. D. Er wurde am 12. Februar 1867 gegen den freihändlerisch gesinnten Großkaufmann Fehling gewählt, legte dann aber, wegen Versetzung in eine höhere Gehaltsklasse, sein Mandat nieder und verzichtete auf eine Wiederwahl. Seine parlamentarische, nach außen hin bekannt gewordene Tätigkeit beschränkte sich auf die Abstimmung zu Gunsten des Diätenantrages.

In der schon am 31. August 1867 — also kaum sechs Monate nach der Hauptwahl — erfolgenden Nachwahl wurde Dr. Plessing gewählt. Ob dieser Herr nun keinen Geschmack an der Reichstagstätigkeit gefunden hat oder ob ihn sonstige Gründe veranlaßten, sein Mandat niederzulegen, wissen wir nicht; konstatieren können wir aber, daß schon am 23. März 1868 — also fünf Monate nach der ersten Nachwahl — die Wähler Lübecks wiederum an die Wahlurne treten mußten, um einen Abgeordneten zu wählen. Es wurde der Großkaufmann Lienau gewählt. Über die parlamentarische Tätigkeit dieser beiden Volksrepräsentanten schweigen sich die Reichstags-Annalen — abgesehen von den Abstimmungen — vollständig aus.

Die im Frühjahr 1870 fälligen Neuwahlen zum Reichstage wurden infolge des deutsch-französischen Krieges erst am 3. März 1871 vollzogen. Gewählt wurde gegen den „Schuster“ Georg Wilhelm Hartmann-Hamburg der Direktor der „Deutschen Lebensversicherung“, Wichmann in Lübeck. Über seine parlamentarische Tätigkeit hat die Welt ebenso wenig wie bei seinen Vorgängern etwas erfahren.

Ihm folgte nun 1874 Dr. jur. Klügmann. Dieser saß fünf Jahre im Reichstage. Er mußte wegen seiner Wahl zum Senator sein Mandat Ende 1879 niederlegen. Dr. Klügmann gehörte ebenso wie Genosse Schwartz vom Anfang seiner parlamentarischen Laufbahn ab der Petitionskommission an und hat als Mitglied dieser arbeitsreichen Kommission sein redlich Pensum geliefert. Von seiner sonstigen parlamentarischen Tätigkeit ist nichts weiter bekannt geworden.

In der Nachwahl 1880 folgte ihm der Verleger der „Eisenbahn-Zeitung“, Eck, ein strammer Fortschrittsmann, der in der Wahl 1881 durch seinen Parteigenossen Gerichtsdirektor Görtz — derselbe, dem das Mandat 1867 zugefallen — ersetzt wurde. Auch über diese beiden Parlamentarier schweigen sich die Annalen des Reichstages aus.

In der Neuwahl 1884 siegte der Kaufmann — später Bankdirektor — Stiller. Von ihm verzeichnet der Parlamentsbericht eine zugunsten der Dampfersubvention gehaltene Rede im Plenum. Weiter nichts.

Ihm folgte 1887 der Großkaufmann Fehling — ein Sohn des 1867 gegen Görtz unterlegenen Kandidaten. Die Welt hat außer seiner Wahl als Mitglied verschiedener Kommissionen nicht viel über seine parlamentarische Tätigkeit erfahren. Natürlich hat er im sog. Kartellreichstag für die vielumstrittene Erhöhung der Friedenspräsenz — wegen der der Reichstag Ende 1886 aufgelöst wurde — und für die Verlängerung der Legislaturperiode von drei auf fünf Jahre gestimmt. Für diese dem politischen Empfinden der damaligen Lübecker Wählerschaft nicht genehmen Tendenzen wurde an seiner Stelle 1890 der Sozialdemokrat Schwartz gewählt. Da derselbe in der nach der Auflösung des Reichstages 1893 erfolgten Wahl unterlag, folgte ihm Dr. Görtz, ein Sohn des früheren Abgeordneten, als letzter Vertreter des liberalen Bürgertums in Lübeck.

Wenn sich die Herren Amtsblatt-Redakteure einmal die hier wiedergegebenen parlamentarischen Biographien unserer bürgerlichen Vertreter ansehen, dann müssen sie sich doch gestehen, daß ihre in der Öffentlichkeit bekannt gewordene parlamentarische Tätigkeit gleich 0,0 ist, womit wir nicht gesagt haben wollen, daß nicht alle diese Herren ihr Arbeitspensum im Reichstag geleistet haben. Mögen doch die noch lebenden früheren bürgerlichen Reichstags-Abgeordneten die politischen Neulinge in der Königstraße einmal recht gründlich belehren, daß sie mit derartigen perfiden Angriffen auf den politischen Gegner nicht diesen, sondern ihre eigenen Brotgeber verunglimpfen. Der blinde Haß gegen den politischen Gegner führt zu politischen Dummheiten, denn das, was mit diesen reichsverbändlerischen Albernheiten erreicht werden soll: den verhaßten Sozialdemokraten bei der arbeitenden Bevölkerung zu verleumden und zu verdächtigen, ihn gewissermaßen als politischen Trottel hinzustellen, gelingt nicht. Die klassenbewußten Arbeiter sind politisch geschult — was man von den Lesern der „Großen Ausgabe“ des Amtsblattes eben nicht sagen kann, denn sonst würden sie sich die Verzapfung solcher schalen, abgestandenen politischen Weisheiten ganz ernstlich verbitten — sie wissen, daß ihr Abgeordneter in seiner parlamentarischen Tätigkeit turmhoch über alle seine Vorgänger emporragt. Es fällt uns nicht ein, hier einen Vergleich zu ziehen; aber das mögen sich die „politischen“ Herren in der Königstraße merken, daß wir gewillt sind, ihren Spuren zu folgen, und daß wir auf gewisse Anwürfe Reminiszenzen aus der politischen Vergangenheit Lübecks zum Besten geben werden.

Den Amtsblattlesern aber gratulieren wir zu ihren „politischen“ Redakteuren, die Politik mit Verleumdung der Gegner verwechseln.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 29. August.

Das Testament. Die Gesetzgebung hat dem Staatsbürger die Möglichkeit gegeben, noch nach seinem Tode einen entscheidenden Einfluß auf Geld und Sachen auszuüben, die ihm bei Lebzeiten gehört haben. Das geschieht durch die Errichtung eines Testaments. Will nun jemand sich diesen Einfluß bestimmt sichern, so muß er streng die einschlägigen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches erfüllen. Im andern Falle ist sein Bemühen für die Katz gewesen, das Testament ist ungültig, und es treten für diesen Fall die allgemeinen Gesetzesbestimmungen in Wirksamkeit, die mit dem

Willen des Verstorbenen oftmals gar nicht übereinstimmen. Wer wegen Geistesschwäche, Verschwendung oder Trunksucht entmündigt ist, kann ein Testament nicht errichten. Ein Minderjähriger kann ein Testament erst errichten, wenn er das sechzehnte Lebensjahr vollendet hat. Der Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters bedarf es nicht. Ein Testament kann in ordentlicher Form errichtet werden vor einem Richter oder vor einem Notar. Man kann indes ein Testament auch selbst errichten. Bei der Errichtung dieser eigenhändigen Testamente muß jedoch die größte Vorsicht obwalten. Ein eigenhändiges Testament muß, um gültig zu sein, eigenhändig ge- und unterschrieben sein, sowie den Ort und Tag der Errichtung angeben. Das Reichsgericht hat in einer in der „Deutschen Juristen-Zeitung" vom 1. August veröffentlichten Entscheidung vom 8. Mai dargelegt, daß diese Formvorschriften streng zu erfüllen sind. Es würde ein mit dem Datum des 13. August 1906 versehenes Testament, das tatsächlich am 12. August 1906 errichtet war, rechtsungültig sein. Ebenso verhält es sich mit der Angabe des Ortes; ein Testament, das als Ort der Errichtung Lübeck bezeichnet, wiewohl es in Israelsdorf gemacht ist, ist ungültig. Zu achten ist endlich darauf, daß das Testament die Unterschrift tragen muß! Der Name muß unterhalb des gesamten Testaments, nicht etwa neben dem Ort und Datum stehen. Neulich wurde uns ein eigenhändiges Testament zur Prüfung vorgelegt, worin der Vater seiner unehelichen Tochter eine Summe ausgesetzt hatte. Diese löbliche Absicht hat der Verstorbene indessen nicht erreicht, weil erstens das Testament ein anderer geschrieben hatte (der Erblasser hatte es nur selbst unterzeichnet) und weil zweitens ganz überflüssigerweise noch zwei sogenannte Zeugen mit unterschrieben hatten. Der Erblasser hatte aber nichts weiter erreicht, als daß nun sein letzter Wille nicht respektiert wird und daß seine uneheliche Tochter das Nachsehen hat. Ein eigenhändiges Testament ist auf Verlangen in amtliche Verwahrung zu nehmen. Wer minderjährig ist oder wer Geschriebenes nicht zu lesen vermag, kann das Testament nur durch mündliche Erklärung errichten. Nottestamente können errichtet werden vor dem Gemeindevorsteher, Gutsvorsteher usw. Diese Testamente sind nur drei Monate gültig. Lebt alsdann der Erblasser noch, so ist ein anderes Testament zu errichten. Ehegatten können ein gemeinschaftliches Testament errichten. Zur Errichtung eines solchen Testaments genügt es, wenn einer der Ehegatten das Testament unter Angabe des Ortes und Tages eigenhändig geschrieben und unterschrieben hat und der andere Ehegatte die Erklärung beifügt, daß das Testament auch als sein Testament gelten solle. Auch diese Erklärung muß unter Angabe des Ortes und Tages eigenhändig geschrieben und unterschrieben werden.

Streikbrecher gesucht. Der auch von organisierten Arbeitern noch vielfach gehaltene „General-Anzeiger" bringt folgendes Inserat:

> **Schiffsführer und Maschinisten in dauernde Stellung für Hamburger Schleppdampfer ges.**
> Bei festem Wochenlohn und Überstunden beträgt der wöchentliche Verdienst auf den kleineren Schleppern za. 45 Mk., auf den größeren za. 56 Mk. Meldungen an den
> **Hafenbetriebs-Verein in Hamburg IX.**
> (Zentralbureau, Seemannshaus.)

Bekanntlich befinden sich die Hamburger Schiffsführer und Maschinisten der Schleppdampfer im Ausstand; wer ihnen in den Rücken fällt, begeht den schmählichsten Verrat. Kein ehrlicher Arbeiter darf Streikbrecher werden. Daß der „General-Anzeiger" die Arbeitswilligengesuche gegen Bezahlung aufnimmt, entspricht nur seiner arbeiterfeindlichen Tendenz und seinem ausgeprägten Geschäftssinn; die Arbeiter sollten daraus jedoch die richtigen Konsequenzen ziehen. Wie es in Wirklichkeit mit den Löhnen der in Betracht kommenden Arbeiterkategorien bestellt ist, kann man aus folgender, der Wahrheit entsprechender Statistik ersehen:

Die Tagesarbeit ist 12 Stunden.

Juni 1907	durchschnittlich pro Mann:					
3.— 8.:	Mk. 42,—,	Arbeitsz. 6 Tage,	20 überstd.,	zus. 92 Std.		
10.—15.:	„ 41,22,	„ 6 „	16 „	„ 88 „		
17.—22.:	„ 43,75,	„ 6 „	21 „	„ 93 „		
24.—29.:	„ 45,87,	„ 6 „	26 „	„ 98 „		

zusammen 173,84 Mk. für 371 Stunden oder 30 Arbeitstage und 11 Stunden.

Juli 1907					
1.— 8.:	Mk. 44,62,	Arbeitsz. 8 Tage	oder 96 Std.		
9.—13.:	„ 47,37,	„ 5 „	41 überstd.,	zus. 101 Std.	
15.—20.:	„ 40,87,	„ 6 „	16 „	„ 88 „	
22.—27.:	„ 41,50,	„ 6 „	17 „	„ 89 „	
29.— 3. August:	Mk. 45,37,	„ 6 „	25 „	„ 97 „	

zusammen 219,73 Mk. für 471 Stunden oder 38 Arbeitstage und 15 Stunden.

Jeder denkende Mensch kann hieraus ersehen, daß man die Streikbrecher unter Vorspiegelung falscher Tatsachen nach Hamburg zu locken versucht.

b **Aus dem Gerichtssaal.** Von der Ferienstrafkammer wurde am Mittwoch der Malergehilfe St. von hier wegen Sittenverbrechens, das er an seiner Stieftochter beging, zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. — Die 2. Strafkammer des Landgerichts verurteilte im März d. Js. den Bauunternehmer Sch. von hier wegen Betruges in idealer Konkurrenz mit Untreue zu 9 Monaten Gefängnis. Das Reichsgericht hob das Urteil auf eingelegte Revision auf und verwies die Sache an das Landgericht. Sch. sollte für den Maurergesellen Br. eine Hypothek über 2000 Mark verkaufen. Die Hypothek sollte nach Übereinkunft der Beteiligten einem Hamburger Architekten für 1000 Mark abgetreten werden. Der Angeklagte verpflichtete sich schriftlich, bis zum 6. Juli 1906 die 1000 Mark an Frau Br. zu bezahlen oder den Hypothekenbrief zurückzugeben. Statt seinen eingegangenen Verpflichtungen gerecht zu werden, gab Sch. dem Architekten die Hypothek für einen Bauplatz in Zahlung. Das Gericht nahm wiederum beabsichtigte Vermögensschädigung der Eheleute Br. an und verurteilte den Angeklagten Sch. wieder zu neun Monaten Gefängnis.

Das Wetter im September soll in den ersten vier Tagen schön warm sein. Dann sollen Gewitter und starke Regengüsse eintreten, während vom 7. bis zum 20. wieder warme, sonnige Tage zu erwarten seien. Gegen Schluß des Monats wird das Wetter veränderlich, am 30. treten Niederschläge ein. Falbs Nachfolger, der Meteorologe Bügel, erklärt den 7. September für einen kritischen Termin mittlerer Stärke, den 21. aber für einen kritischen Tag erster Ordnung, der leicht Vulkanausbrüche, Erdbeben und Grubenkatastrophen im Gefolge haben könne.

Die Erhöhung der Beiträge zur Ortskrankenkasse tritt mit dem 2. September in Kraft. Die erhöhten Beiträge sind von den freiwilligen Mitgliedern erstmalig am Mittwoch, den 4. September, zu entrichten. Die Pflichtmitglieder haben sich den auf sie entfallenden Anteil zuerst am Sonnabend, den 7. September, soweit jedoch der Lohn monatlich gezahlt wird, am 30. September einbehalten zu lassen. Im übrigen verweisen wir auf das Inserat in der heutigen Nummer unseres Blattes.

Die Brombeeren beginnen zu reifen. An sonnigen Knicks kann man bereits die ersten reifen Brombeeren pflücken. Die Brombeerenranken sind über und über mit Früchten besetzt, und wenn günstige Witterung für die Reifezeit eintritt, so wird eine sehr gute Brombeerernte zu verzeichnen sein. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß die Brombeersucher das Pflücken der Früchte nicht als ihr gutes Recht ansehen dürfen, sondern als eine Gefälligkeit, die ihnen stillschweigend von den Landleuten eingeräumt worden ist. Aber sehr oft wird dies nicht im geringsten beobachtet. Anstatt vorsichtig an den Knicks entlang zu gehen, wird der Weg durchs Getreide gewählt. Mehrere Meter breit sind Korn und andere Feldfrüchte niedergetreten und niedergewühlt. In verschiedenen Gemeinden hat man daher das Brombeerpflücken ganz untersagt.

Auf der Kaninchen-Ausstellung am Sonntag, den 25. August erhielten folgende Züchter Preise: M. Walter drei erste, 3 zweite und 2 dritte, E. Fritze 5 erste, 1 zweiten, J. Deponte 3 zweite, 3 dritte, W. Benthien 5 zweite, J. Szperalski 1 ersten, 2 zweite, 1 dritten, H. Dreyer 1 ersten, 2 dritte, C. Bachert 1 zweiten, 2 dritte, A. Adelhöfer 3 dritte, B. Heinzius 2 zweite, Husfeldt 1 ersten, 1 dritten, J. Tiedemann 1 zweiten, A. Sien 1 dritten, H. Nagel 1 dritten, 1 ersten, W. Breiholz 1 dritten, W. Jesse 1 dritten, O. Krüger 1 dritten, H. Mehrhof 1 zweiten, L. Wilms 1 zweiten, W. Gerstenberg 1 ersten, H. Tiedemann 1 dritten, E. Klempau 1 zweiten, J. H. Klempau 1 dritten, J. Reper 1 dritten, G. Hamarlund 2 dritte, C. Klaefe 1 dritten. Für Gesamtleistungen erhielten Ehrenpreise: 1. M. Walter, 2. E. Fritze, 3. J. Deponte, 4. W. Benthien, 5. J. Szperalski, 6. H. Dreyer, 7. C. Bachert, 8. B. Heinzius, 9 A. Adelhöfer, 10. O. Husfeldt.

Die Ringkampfkonkurrenz im Hansa-Theater neigt ihrem Ende zu und dieser Umstand ruft innerhalb des Publikums das größte Interesse für die Konkurrenz wach, wie die ausverkauften Häuser beweisen. Eine besondere Aufmerksamkeit wird der Direktor des Theaters, Herr Fritz Rittscher, dem Sieger zuerkennen. Bekanntlich sollen nur die zwei besten Ringer mit einem Preise bedacht werden, der eine mit dem goldenen Pokal, der andere mit dem großen Geldpreise. Herr Rittscher hat nun bei dem Goldschmied L. Zander noch zwei goldene Medaillen schlagen lassen, die den beiden nächst besten Ringern zuerkannt werden sollen. Übrigens wird sich am Freitag abend noch ein höchst interessanter Kampf abspielen. Sabatier-Belgien fühlt sich über die ihm von Hitzler bereitete Niederlage so gekränkt, daß er diesen um einen Preis von 200 Mark zu einem neuen Kampfe gefordert hat.

Stadthallentheater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Seit langer Zeit ist hier nicht mehr das Lustspiel „Krieg im Frieden" gegeben worden; sein Erscheinen am Freitag wird deshalb freudig begrüßt werden. Die volkstümliche Vorstellung mit vollem Orchester hat so großen Anklang gefunden, daß sich die Direktion entschlossen hat am Sonnabend nochmals eine solche zum Einheitspreise von 50 Pfg. für jeden Platz zu wiederholen. Zur Aufführung gelangt „Preciosa" mit der Musik von Karl Maria von Weber.

Wilhelmtheater. Man schreibt uns: Das spannende Schauspiel: „Die rote Robe" von Eugene Brieux ist für morgen wieder einstudiert. Durch die Neubesetzung des Untersuchungsrichters Monzon mit Herrn Braatz und des Pierre mit Herrn Homburg gewinnt die Vorstellung besonderes Interesse. Sonnabend wird das entzückende Lustspiel: „Klein Dorrit" mit Else Campmann in der Titelrolle bestimmt zum letzten Male auf dem Spielplan erscheinen.

-r. **Schwartau.** Ein etwas eigenartiges Verhängnis passierte am gestrigen Tage einem der Kutscher von der Braunbierbrauerei Hochbaum in Lübeck. Derselbe war in Rensefeld in den Wirtschaften und bei den Grundbesitzern, um sein braunes, im Sommer so beliebtes Getränk anzupreisen; er hatte sein Fuhrwerk natürlich draußen stehen lassen. Als der Mann wieder zurück kam, war sein Fuhrwerk verschwunden. Die Polizei wurde sofort benachrichtigt, und wurde der Dieb des Gespanns in letzter Nacht um 3 Uhr in Haffkrug verhaftet. Derselbe hatte sich unterwegs als Kutscher ausgegeben, soll aber nur ein Fäßchen Bier los geworden sein. Den Namen des Täters konnten wir leider nicht feststellen: es soll ein noch jugendlicher, dem Arbeiterstande angehörender Mensch sein.

Hamburg. Streik der Elektromonteure und Helfer. In einer am Mittwoch abend im Vereinshaus Thalia abgehaltenen Versammlung der Elektromonteure teilte der Vorsitzende mit, daß die organisierten Unternehmer es abgelehnt hätten, mit der von den Arbeitern gewählten Verhandlungskommission zu unterhandeln. Sie hätten ferner erklärt, daß sie von den mitgeteilten Bewilligungen nicht abgehen könnten, nämlich 60 resp. 45 Pfennig per Stunde für Monteure und Hilfsmonteure. Unter diesen Umständen empfehle die Ortsverwaltung der Versammlung die Annahme folgender Resolution: „Die Versammlung der Elektromonteure, Hilfsmonteure usw. nimmt mit Bedauern von der ablehnenden Haltung der Unternehmer betreffs der Verhandlungskommission Kenntnis und erklärt, die bisher gemachten Angebote nicht annehmen zu können. Da durch friedliche Verhandlungen eine Einigung nicht zu erzielen war, beschließt die Versammlung, Donnerstag, den 29. August, überall dort, wo der Tarif nicht anerkannt wird, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen." Diese Resolution wurde in geheimer Abstimmung mit 417 gegen 3 Stimmen angenommen und somit der sofortige Streik beschlossen. — Eine verheerende Gasexplosion ereignete sich gestern abend 6¼ Uhr in den „Hansa-Bierhallen A.-G., Gr. Reeperbahn Nr. 108/114 (früher Bierpalast). Der materielle Schaden ist erheblich. Glücklicherweise sind die Verletzungen von Personen verhältnismäßig gering. Verhältnismäßig, wenn man sich vergegenwärtigt, welches Unheil hätte entstehen können, wenn die Katastrophe am Abend oder vor 6 Uhr eingetreten wäre, bis zu welcher Stunde in den Restaurationssälen, die gegenwärtig einer Renovation unterzogen werden, Dutzende von Handwerkern sich aufhielten. Um die angegebene Zeit nahm das Küchenmädchen Meta Schirke starken Gasgeruch auf der Kellertreppe wahr, als sie sich in die im Keller befindliche Küche begab. Die Kochmamsell nahm daraufhin eine Lampe und ging dem Geruch nach. In den unverschlossenen Kellerräumen brannten zwei Gasflammen, zu denen das Gas also nicht hingezogen sein konnte, trotzdem es sich im Vorderraum des Kellers bemerkbar machte. Als Fräulein Efftinger aber die Tür zu dem im Vorderteil des Hauses liegenden Weinkeller öffnete, erfolgte mit einem donnerähnlichen Knall die Explosion, die das ganze Haus erschütterte und sogar in der Nachbarschaft heftig verspürt wurde. Fräulein E. wurde zurückgeschleudert und erlitt schwere Brandwunden im Gesicht und an den Händen. Durch herabfallende Glasscherben wurden außerdem noch in der Küche das Mädchen Meta Schirke und im Büfett des Erdgeschosses das Büfettfräulein Frieda Kreuzfeldt verletzt. Sonst ist niemand zu Schaden gekommen, trotzdem Leute genug im Bereich der Gefahrzone waren. Keller wie Erdgeschoß sind vom Luftdruck arg demoliert. Im Hausflur der großen Eingangshalle wurde die starke Betondecke mit den eisernen Querträgern zwischen Erdgeschoß und Keller emporgepreßt, eine der großen Flügeltüren des Portals, die offen stand, wurde aus den Angeln gehoben und fiel um, sodaß die große Scheibe zersplitterte. In den Restaurationssälen prasselten die dicken Scheiben des einfallenden Deckenlichtes und die Seitenfenster herab, Tische, Stühle und Fußboden mit Scherben übersäend. Der Keller bietet ebenfalls ein wüstes Chaos von eingedrückten Türen, auseinandergepreßten Kisten, zerplatzten Wein- und Spirituosenflaschen. Bis ins oberste Stockwerk wurden die Hausbewohner von ihren Sitzen geschleudert, mehrere Scheiben zersplitterten und Möbel wurden umgeworfen. Im benachbarten Hause, Reeperbahn Nr. 106, ging eine der größten Straßenscheiben in Trümmer. Der Schreck, der die Hausbewohner und die Nachbarn infolge der Explosion ergriff, war nicht gering. Die Ursache der Gasansammlung war noch nicht aufzuklären.

Altona. Schlimme Folgen „kameradschaftlicher" Behandlung. Bekanntlich haben in vielen Regimentern die Rekruten unter den Roheiten und Schikanen der „alten" Soldaten zu leiden, so daß aus diesem Grunde oft Desertionen vorkommen. Auch der Füselier S. von der 11. Kompagnie des in Sonderburg garnisonierenden 86. Infanterieregiments hatte unter dieser „kameradschaftlichen" Behandlung schwer zu leiden, indem die im zweiten Jahre dienenden Leute ihm allerlei Arbeiten aufhalsten und ihn nachts im Bett mit Wasser begossen. Eines Tages ging der Gequälte auf und davon, aber er wurde nach einigen Wochen ergriffen und wegen Fahnenflucht zu sieben Monaten Gefängnis und den üblichen Nebenstrafen verurteilt. In der betreffenden Verhandlung vor dem Kriegsgericht stellte die ganze Stubenbelegschaft, 16 Mann, in Abrede, den S. schlecht behandelt zu haben. Drei der Zeugen wurden darauf wegen Meineides angeklagt und der eine zu einem Jahre und drei Monaten Gefängnis, vier Jahren Ehrverlust und Entfernung aus dem Heere verurteilt, während die anderen freigesprochen wurden. Gegen dieses Urteil hat der Gerichtsherr Berufung eingelegt, weil ihm die Strafe zu niedrig erschien, und wegen der Freisprechung des einen Angeklagten. Die Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht des 9. Armeekorps (Altona) fand am Donnerstag statt und nahm den ganzen Tag in Anspruch. Auch diese Zeugenvernehmung machte den Eindruck, daß die Zeugen mit der Wahrheit nicht herausrückten. Der Vertreter der Anklage beantragte gegen beide Angeklagte wegen wissentlicher Verletzung der Eidespflicht 1½ Jahre Zuchthaus und Nebenstrafen. Das Urteil lautete auf 15 Monate bezw. ein Jahr Zuchthaus, je zwei Jahre Ehrverlust, Entfernung aus dem Heere und dauernde Unfähigkeit, als Zeuge eidlich vernommen zu werden. — Die rekrutenschindenden „Kameraden" verdienten die Aechtung aller anständigen Mannschaften.

Kiel. In sämtlichen Baubranchen ist der Zuzug nach Kiel streng fernzuhalten. Die Kieler Scharfmacervereinigung hat den Arbeitsmarkt im gesamten Bau- und Holzgewerbe gesperrt und bereitet eine Generalaussperrung vor.

Marne. Zum Konflikt in der Fabrik von Möller u. Bindseil in Marne. Der Konflikt zieht weitere Kreise. Die Schlosser haben jetzt die Arbeit eingestellt, weil sie in der Gießerei arbeiten sollen. Sie verweigerten jedoch die Arbeit; sie sahen es als ein ziemlich dreistes Ansinnen an, mit dem Arbeitswilligen Ferber und Komplizen zusammen zu arbeiten. Sonnabend fand eine Unterhandlung mit den Unternehmern statt, diese erklärten, daß sämtliche in Betracht kommenden Arbeiter sofort wieder anfangen könnten, nur der Former Fasker nicht. Unter diesen Umständen kam keine Einigung zustande. Der Zuzug von Formern, Gießereiarbeitern und Schlossern nach Marne ist streng fernzuhalten.

Theater und Musik.

Im Stadthallen-Theater ging am Dienstag zum Benefiz für den Oberregisseur Niemeier das Schauspiel „Trilby" von Potter in Szene. Wir finden keinen Geschmack an dramatisierten Schauerromanen, deshalb konnte uns auch „Trilby" nicht behagen. Anerkennenswert war jedoch die Aufführung. Herr Niemeier hatte für eine wirklich geschmackvolle Inszenierung gesorgt und spielte außerdem noch den Hypnotiseur Svengali in wirkungsvoller Weise. Die Titelrolle hatte in Frl. Munkwitz eine Vertreterin, die sich mit Eifer und Geschick ihrer Aufgabe entledigte. Die übrigen Rollen sind nur von nebensächlicher Bedeutung. Das Publikum war leider nicht sehr zahlreich erschienen.

Im Wilhelmtheater hatte gestern abend Herr Pfund sein Abschiedsbenefiz. Da der Künstler jugendlicher Liebhaber ist, so waren im Publikum besonders die Backfische stark vertreten. Herr Pfund spielte den Romeo in Shakespeares Trauerspiel „Romeo und Julia" mit echter Leidenschaft. Frl. Hartmann war eine liebliche Julia. Der Beifall des gut besuchten Hauses war stark; auch das Gemüse des Ruhmes wurde ausgiebig verabfolgt.

P. L.

Briefkasten.

Abonnent K. Wenn Sie einen Schein unterschrieben haben, nach welchem Sie das Blatt „Nach Feierabend" auf ein Jahr abonnieren wollen, so können Sie das Abonnement auch nicht früher aufgeben. Sie hätten eben vorher prüfen müssen, ehe Sie sich gebunden haben.

T. Beim Verlosungs-Handikap wurden 48 Mk. für 10 Mk. gezahlt, jedoch nicht am Totalisator, sondern Platz.

Literarisches.

Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstage: 1. A. Bebel. Die parlamentarische Tätigkeit des Deutschen Reichstages und der Landtage und die Sozialdemokratie von 1871—1874. Preis 60 Pfennig. Dem Bericht 1 werden die späteren folgen, um sie als wichtige Materialiensammlung den Parteigenossen zugänglich zu machen. Genosse Bebel sagt in seinem Geleitwort: „Ein großer Teil der Parteigenossen macht den Fehler, daß er zu rasch vergißt; er ruft nach Material, das er tatsächlich längst in Händen hat, aber in der Hast der Arbeit vergaß oder nicht auszugraben versteht. Indem diese früher erschienenen Schriften aufs neue und in dem gleichen Format wie die „Handbücher" erscheinen, werden die Parteigenossen in die Lage gesetzt, eine brauchbare und ausnutzbare Übersicht über die Taten und die Auffassung ihrer Reichstagsvertretung zu erhalten. Das zweite Heft wird den Bericht über die Tätigkeit für die Zeit 1874/76 enthalten; das dritte Heft bringt die Wahlaufrufe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion der Jahre 1881, 1884 und 1887; Heft 4 berichtet über die Tätigkeit 1887 bis 1889 und endlich wird das fünfte Heft den Tätigkeitsbericht von 1890 bis 1893 enthalten. Die einzelnen Lieferungen werden so arrangiert, daß sie zu einem Bande vereinigt werden können.

Audemann, „Die städtische Regie“. (Heft 6 der Sozialdemokratischen Gemeindepolitik) Preis 75 Pf. Agitationsausgabe 40 Pfg. Der Verfasser will die großen wirtschaftlichen Betriebe, wie Gasanstalten, Elektrizitätswerke, Straßenbahnen usw., die heute meist noch Ausbeutungsobjekte privater Gesellschaften sind, zu Eigentum der Gemeinden machen, um diese Unternehmungen im Interesse der Allgemeinheit auszubauen und nutzbar zu machen.

Handels- und Marktnachrichten.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein.
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.
Hamburg, 28. August.
1. Klasse 251 Drittel zu 116,40 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 28 „ „ 108,23 Mk. „ „

Lübecker Marktpreise vom 28. August.

Bauern-Butter Pfd. 1,15—1,20 Mk., Meierei-Butter Pfd. — 1,30 Mk., Hasen —,— Mk., Enten 3—3,30 Mk., Hühner 1,60—2 Mk., Küken Stck. 1,10—1,20, Tauben Stck. 0,55 bis 0,60 Mk., Gänse Pfd. — Mk., Flickgans — Mk., Schweinskopf Pfd. 0,45—50 Mk., Schinken Pfd. 1,00—1,10 Mk., Wurst Pfd. 1,30 Mk., Eier 8 u. 9 Stck. 60, Karpfen Pfd. — Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 70 Pf., Aal Pfd. 0,90—1 Mk., Heringe 2 10 Pfg., Dorsche genüg., Brachsen Pfd. — Pfg., Gemüse genügend, Blumenkohl, d. Kopf 0,10—0,25 Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — — Mk., Kirschen Pfd. 20 Pfg., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Kartoffeln pr. 10 Liter 50—60 Pf., Kohl, 100 Pfd. — Mk., Süßwasserfische genügend. Kartoffeln pr. 10 Liter — Pfg. — Schleie Pfd. 1,40 Mk. Kartoffeln beste, 100 Pfd. — Mk.

Sternschanz-Viehmarkt
28. August.
Der Schweinehandel verlief ruhig.
Zugeführt wurden 503 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere —64 Mk., leichte 63—64 Mk., Sauen 54—58 Mk. und Ferkel 59—63 Mk. pro 100 Pfund.

Getreidepreise.
Lübeck, 28. August.
Weizen, 127—132 Pfd. holl. —,— Mk. **Roggen** neuer 115—124 Pfd. holl. 170—192 Mk. **Hafer** nach Qualität 190—205 Mk., hochfein über Notiz. **Gerste**, nach Qualität 165—180 per 1000 Kilo.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

Achtung Maurer!
Bau-Delegierten-Sitzung
am Freitag, den 30. August 1907
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.
Der Vorstand.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme sowie reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sagen allen Teilnehmern, insbesondere Herrn Pastor Sommer für die trostreichen Worte, Herrn Kavier, seinen Arbeitskollegen und dem Verband der Dachdecker meinen herzlichsten Dank.
Emma Nitschke Ww.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten anläßlich unserer Hochzeit danken herzlich.
Alb. Sommerauer u. Frau, geb. Schwanbeck.

Frdl. möbl. Zimm. z. verm.
Reiferstraße 7.

Werderstraße 18, part.
ist per sofort oder 1. Oktober **Laden mit Wohnung oder 3 Zimmerwohnung** zu vermieten. Näheres **Schlomer, Breitestr. 54.**

Durch Zufall ist zum 1. Oktober eine kleine
Wohnung zu vermieten.
Zu erfragen Karpfenstraße 28.

Billig zu verk. mehrere Sofas
Königstraße 28.

1 fast neues Bett m. Bettstelle
billig zu verkaufen. Balauerstraße 37.

Eine noch gut erhaltene, noch fast neue Sportkarre billig zu verkaufen.
Kanonenstraße 32, II.

Hochf. Eß- u. Kochbirnen Pfd. 8, 9, 10 u. 16 Pfg., bei 5 Pfd. billiger. **Äpfel** Pfd. **25** Pfg., reichlich Vorrat.
A. Oldenburg, Sägebdr. 1a.

Alter Kinderwagen zu kaufen gesucht. Daselbst zwei blüh. Myrten zu verkaufen.
Chaisenstraße 11, I. rechts.

Eine guterhaltene Schiebekarre Rollen u. Schiene und eine Flügeltür sowie eine mod. Kinderwagen billig zu verkaufen.
Segebergstraße 8, I. rechts.

Umständehalber sof. zu verkaufen hübsche **Tischgarn., Tisch, Vertikow, gr. Spiegel.**
Brunnstr. 95, II rechts.

Kompl. Vertikow billig zu verkaufen, sowie **Bettfedern** Stück 10 Mark.
Obertrave 17.

Kleines Haus
Düstere Querstraße 10, zu verkaufen.
Näheres Bismarckstraße 11, rechts.

1—2 Fuder Pferdedung
zu kaufen gesucht. Wickedestraße 32, II.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie billig und reell bei
Markt 4. Otto Albers Lübeck 10.
z. B. kamtsche Betten von **12,50** Mk. an, Federn zr. Pfd. von **45** Pf. bis 4 Mk.
oo Rote Lubeca-Marken. oo

Empfehle
prima fettes Hammelfleisch Pfd. **60** Pf.
Schweinefleisch Pfd. **70** Pf.
Karbonade Pfd. **80** Pf.
Kalbfleisch Pfd. **55** Pf.
prima Backfleisch Pfd. **70** Pf.
sowie prima fettes Kammelfleisch
Willy Stapelfeldt
Ecke Warendorp- u. Reiferstraße.

Achtung Arbeiter-Gesangvereine!
Generalprobe zur Lassallefeier
am Freitag, den 30. August 1907
abends 8½ Uhr
im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50—52.
Der Einberufer.

Erstes Optisches Spezial-Geschäft Lübecks
von **Carl Volger**, Inhaber: Georg Loest.
LUBECK. Breitestraße 15.

Allen Freunden und Bekannten bringe meinen
Rasier- u. Haarschneidesalon
in empfehlende Erinnerung. Für **saubere und aufmerksame Bedienung** werde bestens Sorge tragen. Hochachtungsvoll
Adolf Richter (Inh.: Frau E. Richter),
Bei St. Johannis 8.

Versammlung
aller auf der Schiffswerft von Henry Koch beschäftigten Arbeiter
am Donnerstag, den 29. August 1907,
abends 8½ Uhr
Im großen Saale des „Vereinshauses“, Johannisstr. 50
Pflicht eines jeden Kollegen ist es zu dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Einberufer.

Empfehle:
Pa. Schweinefl. Pfd. 70 Pf.
„ Karbonade „ 80 „
Kopf und Bein „ 20 „
Diverse Wurstwaren
zu billigsten Preisen.
W. Strohfeldt
Markthallenstand 13, 14, 15.

Prima Schweinefleisch	**Pfd.**	**70**	**Pf.**
Karbonade	-	**80**	-
Kopf und Bein	-	**20**	-
Prima Suppenfleisch	-	**60**	-
- **Kalbfleisch** 50 u.		**60**	-
fetten u. mag. Speck	**Pfd.**	**80**	-
gekochte Mettwurst	-	**80**	-
Leberwurst	-	**80**	-
Braunschweigerwurst	-	**70**	-
Sülze	-	**60**	-

empfiehlt
Hans Werk,
W. Strohfeldt Nachfl.
Glockengießerstraße 73.

Garnituren
Beckergrube 51, 1. Etage.

Pfaffenspiegel
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Ortskrankenkasse in Lübeck.

Laut Beschluß der Generalversammlung vom 10. August 1907 sind die wöchentlichen Kassenbeiträge **vom 2. September 1907 ab** erhöht worden und zwar für Mitglieder der

ersten Klasse	(bisher	21 Pfg.)	auf	**24**	Pfg.
zweiten „	(„	39 „)	„	**45**	„
dritten „	(„	57 „)	„	**63**	„
vierten „	(„	75 „)	„	**84**	„
fünften „	(„	93 „)	„	**102**	„

Diese Beiträge sind von den **freiwilligen Mitgliedern** erstmalig am Mittwoch, den 4. September, zu entrichten. Die **Pflichtmitglieder** haben sich den auf sie entfallenden Anteil zwar am Sonnabend, den 7. Sept., soweit jedoch der Lohn monatlich gezahlt wird, am 30. Sept. einbehalten zu lassen.

Lübeck, den 26. August 1907.

Der Vorstand

Uhren,
gangbend, billigst Hüxstraße 79.

Johannes Probst
Uhrmacher Marktstraße 29
Reparaturen unter Garantie prompt und billigst. Federn M. 1,50, Gläser v. 30 Pf. an.

Gute Zigarren 100 Stück **2,90** Mark.
Johannisstraße 17/19

E. BOY, Fischhandlung
Hüxstr. 30. Telefon 115.
Filiale **Königstraße 24,** Ecke Pfaffenstraße.
Freitag sowie Sonnabend täglich in der **Markthalle, Stand 46:** Lebend frisch Seelachs, Pfd. nur 10 Pfg., im Ausschnitt Pfd. 12 Pfg., große Rotzungen Pfund 40 Pfg., lebende Schleie und Aale.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde.
Sonntag, den 1. September 1907,
Wanderung
nachm. 2¼ Uhr von der Endstation der Straßenbahn Roeckstraße über **Wesloe** nach **Karlshof.** Daselbst Wettspiele.

Verband d. Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.
Zahlstelle Schwartau.
Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, 31. August
abends 8½ Uhr
im Gasthof „Transvaal“.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Anschaffung einer Fahne.
3. Verbandsangelegenheiten.
4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Hansa-Theater
Heute Donnerstag, 29. August:
14. Tag der
II. gr. internat. Ringkampfkonkurrenz
ringen:
R. Raicevich Dalmatien. **Hitzler** Deutschland. — gegen — **Boucher** Frankreich. **Memedoff** Türkei
Entscheidungskampf
Sabatier Belgien. gegen **Reiher** Steiermark.
Dieser Kampf mußte am 6. Tag wegen Verletzung **Reibers** abgebrochen werden.
Vorher: Spezialitäten-Teil.
Vorverkauf bei **Sager.**

Wilhelm-Theater.
Freitag, 8 Uhr. 85. Abonn.-Vorst.
Die rote Robe.
(La robe rouge).
Schauspiel in 4 Akten von Eugene Brieux.
Sonnabend: **Jeder Platz 50 Pfg.**
Klein Dorrit.
Sonntag: **Doppel-Vorstellung.**
Die Dienstboten.
Der Raub der Sabienerinnen.

Stadthallen-Theater.
Direktion: **Ludwig Piorkowski.**
Freitag, 8 Uhr: 72. Abonn.-Vorstellung
Krieg im Frieden.
Lustsp. in 4 Akt. von Moser u. Schönthan.
Sonnabend: **Jeder Platz 50 Pfg.**
Mit vollem Orchester:
Preciosa.
Sonntag, **Gr. Dopp.-Vorst. z. einf. Preis.**
Die Fledermaus.
Operette in 3 Akten von Strauß.
Hierauf: Trilby.
Schauspiel in 4 Akten von Potter.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 201. Donnerstag, den 29. August 1907. 14. Jahrg.

Bericht des Parteivorstandes
an den Parteitag zu Essen 1907.

Bei den Blockbrüdern des Grafen haben während des Wahlkampfes die „politischen Gemeinheiten“ des Reichsverbandes allerdings nichts weniger als „Indignation“ hervorgerufen. Denn in dem Reichsverbandsbericht wird gesagt: „Daß der Reichsverband mit diesem Buche eine wertvolle Waffe im Kampfe gegen die Sozialdemokratie geschmiedet hat, beweisen die zahlreichen Dank- und Anerkennungsschreiben, die dem Reichsverband von denjenigen zuteil geworden sind, die als Vorkämpfer der bürgerlichen Parteien, als Reichstagskandidaten, als Führer von vaterländischen Vereinen und bürgerlichen Parteiorganisationen in der Lage waren, im Wahlkampfe von diesem Handbuche ausgiebigen Gebrauch zu machen.“ Auch die Flugblätter des Reichsverbandes waren ein von allen bürgerlichen Parteien sehr begehrter Artikel.

Liebert und Genossen können für die Methode des Reichsverbandes übrigens nicht einmal die geistige Vaterschaft beanspruchen; sie ist vielmehr lediglich eine Nachahmung der Methode, die von der M.-Gladbacher Jesuitenschule schon bei früheren Wahlkämpfen praktiziert worden ist. Nachdem der gelehrige Jesuitenschüler Liebert von Bülow als Wahlmacher legitimiert worden war, bekam diese Methode offiziellen Charakter und wurde von den bürgerlichen Parteien überall dort befolgt, wo die Sozialdemokratie ernstlich in Frage kam. Insbesondere triffe dies auch für die Anleitung zur wahltechnischen Organisation zu. Zur Anpassung an die lokalen Verhältnisse erfuhr sie entsprechende Abänderungen; in der Hauptsache lautete sie in der Regel so:

Streng vertraulich!!

Anleitung für das Wahlbureau.

Als Wahlbureau ist, wenn irgend möglich, ein Zimmer des Restaurants zu wählen, in welchem das Wahllokal sich befindet. Ist dieses nicht möglich, so ist solches in dem nächstliegenden Restaurant zu errichten.

Das Wahlbureau setzt sich zusammen aus

a) dem Obmann des Bezirks, im Behinderungsfalle aus dessen Stellvertreter als Wahlbureau-Vorsteher,

b) 6 Vertrauensmännern, diese führen die Liste und schreiben Mahnbriefe aus,

c) 10 Vertrauensmännern, diese verrichten den Schlepperdienst.

Der Wahlbureau-Vorsteher hat dafür zu sorgen, daß die Nummerzettel von ½12 Uhr ab alle halbe Stunde aus dem Wahllokal abgeholt werden. Um 12 Uhr beginnt die erste Mahnung und von dieser Zeit an tritt der Schlepperdienst ohne Unterbrechung in Kraft.

Die Mahnbriefe sind von 12 Uhr an auszuschreiben und sofort durch die Schlepper zu expedieren.“

Die „nationale Wahlparole“ wurde von den Kolonialdemagogen in der skrupellosesten Weise zur Aufpeitschung der nationalen Instinkte ausgenutzt. Sogar in einem Berliner Wahlkreis ist z. B. von den Freisinnigen ein Flugblatt verbreitet worden, das beginnt:

„Nur noch wenige Tage trennen uns von der Entscheidung. Die diesmalige Reichstagswahl ist ernster als irgend eine der vorhergenden. Es handelt sich dabei um die Frage, ob das langersehnte und endlich gekommene deutsche Vaterland in seinem durch das Blut seiner Söhne festgeeinigten Bestand erhalten bleiben soll.“

Mit Vorliebe versuchten unsere Gegner die Wähler auch mit dem angeblichen „Terrorismus der Genossen“ graulich zu machen, wozu in der Regel aus den Fingern gesogene Räubergeschichten herhalten mußten.

Dagegen haben aber gerade bei der letzten Wahl unsere Gegner ihre ökonomische Macht in der brutalsten Weise zur Terrorisierung der Wähler ausgenutzt. Charakteristisch ist hierfür das Vorgehen der nationalliberalen Scharfmacher im Saargebiet. Am Montag, den 14. Januar, wollten dort mehrere unserer Genossen in Völklingen auf denjenigen Landstraßen, auf denen die Arbeiter von und nach der Hütte gehen, Flugblätter für unsere Partei verteilen. Selbstverständlich ist dabei niemand belästigt worden. Vier Hüttenbeamte traten aber auf die Straße und verboten den Hüttenarbeitern die Annahme der Flugblätter. Wer schon ein solches „Dreckblatt“ angenommen hatte, sollte es sofort auf die Straße werfen und mit Füßen darauf treten. Einem Arbeiter, der bereits ein Flugblatt in der Hand hatte und auf die Aufforderung hin, dasselbe in den Dreck zu werfen, erklärte, es erst lesen zu wollen, riß ein Beamter das Blatt aus der Hand, zerknitterte es und schleuderte es dem Arbeiter ins Gesicht! Als ein Genosse den Beamten dieserhalb Vorhaltungen zu machen versuchte, erklärte einer: „Ein Hüttenarbeiter, der es wagt, von Ihnen ein solches Dreckblatt noch anzunehmen, soll schon sehen, was ihm passiert!“ Ein anderer rief: „Ein paar handfeste Kerle! Gebt den roten Lumpen einen Schub, daß sie in den Dreck fliegen! Schlagt doch die Hunde nieder!“ Als die Arbeiter immer noch keine Miene machten, dieser Aufforderung Folge zu leisten, schrie einer der Hüttenvögte wie rasend: „Ist denn nicht ein beherzter Kerl unter Euch, der den Mut hat, zuzufassen? Ihr feigen Hunde! Die roten Lumpen lachen Euch nachher nur noch aus! Schlagt doch die Hunde nieder! Tretet sie in den A..., daß sie in den Dreck fliegen, daß ihnen das Wiederkommen für alle Zeiten vergeht!“ Nur mit knapper Not entgingen schließlich unsere Genossen schweren Mißhandlungen.

Auch in den Zentrumsdomänen — wo gegen uns nach der M.-Gladbacher Methode gearbeitet wurde, die, wie schon hervorgehoben, für die des Reichsverbandes vorbildlich war — ist offen und versteckt in Reden, Predigten und Zeitungsnotizen zu Gewalttätigkeiten gegen unsere Flugblattverbreiter aufgefordert worden. Der „Opladener Bote“ forderte z. B. die „Katholiken von Opladen und Umgegend“ in Hinsicht auf eine von sozialdemokratischer Seite angekündigte Flugblattverbreitung auf, „energisch das Hausrecht zu wahren“: „Dreimalige Aufforderung, fünf Finger, ein Griff, Vordermann, vorwärts marsch, mit dem linken Fuß angetreten und der rote Hampelmann liegt draußen! Auf keine langen Erörterungen einlassen — handeln.“ Bei einer im Kreis Rheinbach vorgenommenen Flugblattverbreitung wurde eine Anzahl unserer Genossen in Oberdrees bei Rheinbach in ganz brutaler Weise überfallen. Es wurden ihnen unter Anführung des Ortsvorstehers die Flugblätter gewaltsam entrissen. Außerdem wurden unsere Genossen schwer mißhandelt. Auch in dem Orte Friesheim bei Bonn wurden mehrere sozialdemokratische Flugblattverbreiter in der rohesten Weise mißhandelt und gegen einen der Mißhandelten eine Freiheitsberaubung begangen. Unsere Parteigenossen hatten die Flugblätter zur nämlichen Stunde verbreitet, da in Friesheim eine Zentrumsversammlung stattfand. Das Gericht von der Anwesenheit der Sozialdemokraten und der Verteilung der Flugblätter verbreitete sich in der Versammlung; eine große Zahl von Zentrumsleuten eilte hinaus, nahm den Sozialdemokraten die Flugblätter ab und mißhandelte die Leute aufs schwerste. Einer der frommen Wähler packte einen der Flugblattverteiler, einen kleinen, wenig kräftigen Stellmachergesellen, zerrte ihn in das Versammlungslokal und stellte ihn dort mit den Worten vor: „Hier ist der rote Hund!“ Der Tatbestand wurde später vor Gericht festgestellt; die Angeklagten fanden aber milde Richter. Das Gericht sprach fünf nicht geständige Angeklagte frei, verurteilte drei zu je 100 Mk. und den vierten zu 150 Mk. Geldstrafe.

Ähnliche Berichte liegen aus einer Anzahl von Kreisen vor, wo dem Zentrum angehörende Bürgermeister, Ortsvorsteher, Polizeidiener durch Saalabtreiberei und Verhinderung der Schriftenverteilung den Kampf mit „geistigen Waffen“ gegen uns führten.

Daß infolge eines solchen, von allen Seiten mit nie zuvor erreichter Heftigkeit geführten Wahlkampfes die Wahlbeteiligung eine besonders starke sein mußte, ist nicht verwunderlich. Die Ziffern der Wahlbeteiligung übertrafen die aller früheren Wahlen. Von 13 350 698 Wahlberechtigten haben 11 303 483 Wähler bei der Hauptwahl ihre Stimme abgegeben. Die Wahlbeteiligung betrug danach 84,7 Proz. gegen 76,1 Proz. im Jahre 1903.

Bei den Hauptwahlen erlangte die Partei 29 Mandate, gegen 56 im Jahre 1903. An den Stichwahlen waren wir in 90 Wahlkreisen beteiligt, gegen 118 im Jahre 1903. Mandate errangen wir bei den Stichwahlen noch 14, so daß die Stärke der Reichstagsfraktion 43 gegen 81 im Jahre 1903 beträgt.

Die Partei verlor: Königsberg, Brandenburg, Frankfurt a. O. (allerdings bereits in der Nachwahl 1904 schon), Randow, Stettin, Breslau-Ost, Breslau-West, Reichenbach i. Schles., Magdeburg, Halle, Zeitz, Flensburg, Ottensen, Lauenburg, Frankfurt a. M., Lennep, Elberfeld, München I, Zittau, Löbau, Dresden-Altstadt, Meißen, Pirna, Döbeln, Freiberg, Oschatz, Leipzig-Stadt, Borna, Zschopau, Annaberg, Kirchberg, Plauen, Böblingen, Eßlingen, Göppingen, Darmstadt, Rostock, Weimar, Braunschweig, Sonneberg, Altenburg (bereits in der Nachwahl 1904), Gotha, Rudolstadt, Reuß j. L., Reuß ä. L., Bremen. — Behauptet hat die Sozialdemokratie die übrigen 35 Kreise. Neugewonnen wurden 8, nämlich: Straßburg i. Els., Mülhausen i. Els., Offenbach, Hanau, Wiesbaden, Höchst, Duisburg und Bielefeld.

Die politische Entwickelung der in unserem Besitz befindlichen Wahlkreise ergibt sich aus der Tabelle, die dem Bericht angefügt ist.

In 19 von den 38 Wahlkreisen, die wir verloren haben, hatten wir einen Stimmenzuwachs, der teilweise sogar recht erheblich war. So wurden sozialdemokratische Stimmen abgegeben:

Wahlkreise	1903	1907
Frankfurt a. M.	20 178	23 869
Magdeburg	20 871	24 258
Königsberg i. Pr.	14 042	17 321
Göppingen	8 98[illegible]	11 700
Bremen	25 07[illegible]	27 362
Breslau-West	17 5[illegible]	[illegible]9 659
Eßlingen	10 16[illegible]	12 255
Altena-Iserlohn	10 17[illegible]	12 129
Breslau-Ost	14 881	16 591
Halle a. S.	20 439	21 941
Stettin	13 111	14 518
Elberfeld-Barmen	27 056	28 256

Dem Verlust der Mandate steht eine erhebliche Zunahme der Stimmenzahl gegenüber. Für die Sozialdemokratie wurden bei den Hauptwahlen Stimmen abgegeben:

1907	3 259 020
1903	3 010 771
Zunahme	248 249 = 8,2 Proz.

Von allen Wahlberechtigten haben 24,4 Prozent der Wahlberechtigten für uns gestimmt, gegen 24,0 Prozent im Jahre 1903.

Will man die Stimmenzunahme mit denen anderer Wahlperioden vergleichen, so ergibt das einfache Unter- und Nebeneinanderstellen der Ziffern kein richtiges Bild. Denn der Gewinn an Stimmen ist nicht nur eine Frucht der Wahlagitation, sondern in erster Linie der Erfolg der Arbeit, die in dem Zeitraum geleistet wurde, der zwischen den Wahlen liegt. Die zwischen den Wahlen liegenden Zeitabschnitte sind aber von sehr verschiedener Dauer. So lag z. B. zwischen den Jahren 1890 und 1893 ein Zeitraum von 28 Monaten und den beiden folgenden Perioden ein Zeitabschnitt von 60 Monaten. Dann wieder zwischen 1903 und 1907 ein Zeitraum von 43 Monaten. Unsere Stimmenzunahme ist aber auch erheblichen Schwankungen unterworfen, die durch die politischen Ereignisse der abgelaufenen Perioden hervorgerufen werden. Besondere Steigerungen traten immer dann ein, wenn die Angriffe auf die Arbeiterklasse besonders heftig waren und die Beutegier der Herrschenden recht kraß hervortrat. So war z. B. in der Periode 1887/90 die schlimmste Zeit der Puttkamerei. In derselben Periode wurden die Branntweinliebesgaben

---

Der Übel größtes ist die Schuld!

Roman von Friedrich Thieme.

(31. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

In banger Sorge.

Am Nachmittage des folgenden Tages betrat Grete in hochgradiger Aufregung die Friedmannsche Wohnung.

„Marie, wo ist Max? Seit vorgestern Abend habe ich ihn nicht wieder gesehen. Ist er zu Hause?“

Marie erschien nicht minder aufgeregt wie die Besucherin.

„Auch wir haben ihn seitdem nicht wieder zu Gesicht bekommen,“ entgegnete sie mit dem Ausdruck höchster Besorgnis. „Als wir gestern aufstanden, war er schon fort — und ist nicht wieder zurückgekehrt, nicht einmal abends. Die ganze Nacht ist er fortgeblieben und auch heute noch nicht dagewesen. Wir sind deshalb in großer Unruhe um ihn. Er unternahm in letzter Zeit beständig weite Exkursionen, aber er kam doch immer abends nach Hause. Wir fürchten, es könne ihm etwas zugestoßen sein. Georg ist aus, um sich zu erkundigen.“

Grete rief erschreckt: „Also auch Ihr wißt nichts von ihm? Marie, dann ist ihm sicher irgend etwas Schlimmes passiert!“

„Wenn wir nur eine Ahnung hätten, wo er sich hingewandt hat,“ erklärte Marie bang. „Aber das ist's eben, so ins blaue hinein zu forschen, bietet wenig Aussicht auf Erfolg.“

„O, Marie, mir schwant nichts Gutes?“

„Hat er Dir nicht gesagt, was er vorhat?“

„Gewiß hängt es mit dem Briefe zusammen, den ich erhalten habe,“ antwortete Grete trostlos.

„Was für ein Brief?“

„Eigentlich war mir Schweigen auferlegt. Aber da es so gekommen ist — da kommt ja Georg,“ unterbrach sich das junge Mädchen aufatmend. „Vielleicht bringt er eine Nachricht.“

„Seine Nachfrage war fruchtlos,“ bemerkte Marie, die ebenfalls ihren Mann auf das Haus hatte zukommen sehen. „Betrachte nur sein hoffnungsleeres, betrübtes Gesicht. O, Georg,“ rief sie dem eintretenden Gatten entgegen, „Du bringst keine Botschaft von ihm?“

„Niemand hat ihn gesehen, niemand weiß von ihm“ erwiderte der junge Mann mit tonloser Stimme. „Ich fürchte, Marie,“ flüsterte er der Gattin zu, einen scheuen Blick auf Grete Mohring werfend, „man hat ihm ein Leid angetan. Wer weiß, er hat vielleicht etwas entdeckt und —“

„Herr Friedmann, Sie bringen eine schlimme Nachricht,“ rief Grete außer sich. „Sie wollen mir nicht die Wahrheit sagen — Marie, was sagte er Dir?“

„Er gab nur seiner Besorgnis Ausdruck, Grete. Er weiß so wenig von ihm als wir. Aber was war es mit dem Briefe? Sprich.“

„Von was für einem Briefe redet Ihr?“ forschte Georg, mit Unruhe von einer zur anderen schauend.

Grete erzählte darauf in abgerissenen, fliegenden Sätzen von der geheimnisvollen Botschaft, die sie empfangen, und daß sie dieselbe Max am Abend vor seinem Verschwinden überbracht habe. „Gewiß ist er ausgegangen, um die Angelegenheit zu untersuchen,“ fügte sie hinzu. „Der Brief sprach die Wahrheit, er fand, was er zu erforschen strebte und die Elenden, wer sie auch sein mögen, haben ihn ermordet!“

Georg war aschfahl geworden und starrte entsetzt bald seine Frau, bald die Sprecherin an.

„Der Brief trug keine Unterschrift?“ fragte er leise.

„Nein, aber — ich errict den Absender — oder vielmehr die Absenderin. Es war Gertrud Schodlers Schrift.“

„Gertrud Schodler? Und was sollte sie veranlaßt haben, Ihnen zu schreiben?“

„Das weiß ich nicht — Max schien aber mehr darüber zu wissen, er erklärte mir, ich solle mir den Kopf nicht zerbrechen, Gertrud habe in ihrer inneren Herzensangst nicht anders gekonnt.“

Georg durchmaß mit aufgeregten Schritten das Gemach. Endlich blieb er vor Grete stehen und sagte hastig:

„Und Max bezog die Mitteilung, sagen Sie, auf den Postelberg?“

„Ja.“

„Die Deutung ist allerdings die einzig mögliche. Sicherlich hat er sich dahin begeben und — und es ist ihm ein Unglück zugestoßen. Der Postelberg ist gar nicht so leicht zu ersteigen, er ist voller jäh abstürzender Schluchten und gefährlicher Stellen. Kein Zweifel, daß er dorthin ist — wir müssen sofort hin und nach ihm suchen, Marie, packe mir etwas Mundvorrat ein, sowie ein Fläschchen Kornbranntwein, eine Korbflasche mit Wasser, und ein paar große Seile. Ich breche sofort auf.“

„Allein, Georg?“

„Ich fürchte, es ist besser,“ entgegnete er, wobei er ihr einen bedeutungsvollen Blick zuwarf. „Wem soll man vertrauen?“

„Laß mich mit Dir gehen, Georg.“

„Und mich nehmen Sie auch mit,“ rief Grete in flehendem Tone.

Georg blickte unentschlossen von einer zur andern.

„Es ist keine Aufgabe für Frauen,“ meinte er zögernd. „Jetzt ist's bereits 4 Uhr — es kann sein, daß ich erst spät in der Nacht zurückkomme, vielleicht erst morgen. Nein, nein, das geht nicht, ich werde den alten Weißbach bitten, mich zu begleiten. Es ist ein zuverlässiger Mann und hat Max immer gern gehabt. Übrigens ist's auch besser, Ihr wartet hier, damit Ihr mir für den Fall, daß er doch noch nach Hause kommt — und das kann ja jeden Moment der Fall sein — Botschaft senden könnt.“

„Georg hat recht,“ bemerkte Marie nach kurzer Überlegung. „Wir hindern die Männer nur, wenn wir mit sind, Grete. Und der alte Weißbach wird gern bereit sein, davon bin ich überzeugt.“

Sie säumte keinen Augenblick, die von ihrem Manne gewünschten Zurichtungen zu treffen. Die Lebensmittel, der Branntwein und die Seile wurden zusammen in ein Paket geschnürt, das Georg sich an einem Lederriemen über den Rücken hing. Mit einem tüchtigen Bergstock versehen, trat er, nach kurzem Abschied von seiner Frau, seinen Marsch an. Marie begleitete ihn bis vor die Tür, und indem er ihr noch einen zärtlichen Kuß auf den Mund drückte, flüsterte er ihr zu:

„Der Brief war eine Falle, Marie. Gertrud Schodler kann ihn niemals geschrieben haben. Man suchte den Unglücklichen nach jener Stelle zu locken, um sich seiner zu entledigen. O die Elenden, die Schurken!“

„Aber die Handschrift —“

„Kann gefälscht worden sein. Ich bin überzeugt, daß der erbärmliche Farnkoff seine Hand im Spiele hat. O, Marie — auch daran trägt meine Feigheit wieder die Schuld! Ich verzweifle daran, Max je wieder lebend zu erblicken — und ich — ich bin sein Mörder!“

„Mach Dich jetzt nicht weich, Georg. Du hast alle Deine

schaffen und der Zoll für Brotgetreide von 3 Mk. auf 5 Mk. erhöht. In der Zeit von 1898/1903 kam der Zuchthausgesetzentwurf und der Wuchertarif; dazu kamen und besonders in Sachsen noch mehrere landespolitische Vorkommnisse zur Hilfe.

Wie sehr die Sozialdemokratie infolge der ungerechten Wahlkreiseinteilung benachteiligt wird, tritt deutlich zutage, wenn man die den einzelnen Parteien zugefallenen Mandate mit der erzielten Stimmenzahl vergleicht.

Parteien	Bei den Hauptwahlen abgegebene Stimmen	Zugefallene Mandate
Sozialdemokratie	3 259 020	43
Zentrum	2 179 743	105
Nationalliberale	1 637 048	55
Deutsch-Konservative	1 060 209	61
Freisinnige Volkspartei	736 006	28
Reichspartei	471 863	24
Polen	453 858	20
Freisinnige Vereinigung	359 320	14
Deutsche Reformpartei	248 534	6
Wirtschaftliche Vereinigung	223 906	19
Deutsche Volkspartei	138 607	7
Andere Parteien	292 351	15
Unbestimmt	194 202	
Zersplittert	8 018	—
Zusammen	11 262 775	397

Von einem gleichen Wahlrecht kann danach nicht mehr geredet werden.

Das Wahlergebnis ist in der Parteipresse und in Parteiversammlungen eingehend besprochen worden. Abgesehen von den voreiligen und vorlauten Kritikern, die mehrere Genossen sofort nach den Wahlen in einigen außerhalb der Partei stehenden Blättern veröffentlichten, die indes festeinmütigen Widerspruch bei den Parteigenossen fanden, stimmte die Partei in der Würdigung des Wahlresultats im wesentlichen überein mit der Auffassung, die der Parteivorstand in einem Aufruf: „An die Partei!" vom 9. Febr. niedergelegt hat.

So sehr auch der Wahlausfall von der Regierung und den bürgerlichen Parteien bejubelt wurde, Niedergeschlagenheit oder gar Entmutigung hat er in unseren Reihen nicht erzeugt. Unsere Genossen bekundeten vielmehr überall ungeschwächten Kampfesmut. Unmittelbar nach der Wahl ist fast allerorts eine lebhafte und sehr erfolgreiche Agitation zur Stärkung der Organisation und zur Gewinnung neuer Leser für die Parteipresse entfaltet worden. Mit Recht konnte gegenüber dem gegnerischen Freudentaumel in dem Aufruf „An die Partei!" gesagt werden:

„Die deutsche Sozialdemokratie wurde also nicht niedergeritten, wie der Kaiser in der Nacht vom 5. auf den 6. Feb. seinen Zuhörern auf dem Berliner Schloßplatz siegesfroh verkündete. Niedergeritten wurden nur die Mehrheiten in einer Anzahl von Wahlkreisen, die wir zum Teil eben erst mit knappen Majoritäten erobert hatten. Aber drei und eine viertel Million über fünfundzwanzig Jahre alte Männer marschieren trotzig und eisenfest hinter dem roten Banner. Das ist eine Armee, die nicht wie die Gladiatoren Roms das „Ave Caesar, morituri te salutant" rufen, sondern nicht minder stolz wie die Cäsaren selbst, ihr Ziel verfolgen: Die Befreiung der Menschheit aus den Banden der Unwissenheit, der politischen Unfreiheit und der sozialen Unterdrückung und Ausbeutung."

An anderer Stelle des Aufrufs heißt es: „Zweifellos hat sich die Partei im großen und ganzen wundervoll geschlagen!" Die Richtigkeit dieser Auffassung ist bei einer Umfrage des Parteivorstandes bei den Bezirks- und Kreisorganisationen durchweg bestätigt worden.

Die Gesamtauflage der im Reiche von unserer Partei verbreiteten Flugschriften beläuft sich auf etwa 55,5 Millionen.

Der Wahlkampf hat im ganzen Reiche eine Gesamtausgabe von rund 1570000 Mk. erfordert, wovon 412118,29 Mk. von der Zentralkasse getragen worden sind.

Die Stichwahlparole des Parteivorstandes wurde im „Vorwärts" vom 27. Januar veröffentlicht; in den wesentlichen Punkten lautete sie wie folgt:

„Bei Stichwahlen zwischen gegnerischen Parteien empfehlen wir, nach folgenden Grundsätzen zu verfahren:

Unter keinen Umständen dürfen Konservative, Reichspartei, Bund der Landwirte, Antisemiten und Nationalliberale eine sozialdemokratische Stimme bei den Stichwahlen erhalten.

Für die anderen Parteien empfehlen wir folgende Stichwahlparole unseren Genossen:

Voraussetzung für die Unterstützung einer dieser Parteien bei den Stichwahlen muß die Verpflichtung des Kandidaten sein, daß er

1. gegen jede Verschlechterung des allgemeinen gleichen geheimen und direkten Wahlrechts stimmen wird;

2. daß er jeden Versuch, das Koalitionsrecht einzuschränken, unbedingt zurückweisen wird;

3. daß er sich gegen jedes wie immer geartete Ausnahmegesetz erklären wird.

Nachdem diese Erklärungen abgegeben sind, empfehlen wir den Kreiswahlvereinen die Entscheidung, ob ein solcher Gegner bei der Stichwahl sozialdemokratische Unterstützung finden soll, unter der Würdigung der Persönlichkeit des Gegners zu treffen. Unter keinen Umständen aber darf einem Kandidaten eine sozialdemokratische Stimme zufallen, der die aufgestellten Bedingungen nicht akzeptiert."

Die Parole ist von den Parteigenossen überall befolgt worden; nur mit den Genossen einiger süddeutscher Wahlkreise kam es wegen der „Würdigung der Persönlichkeit des Gegners" zu einer Auseinandersetzung. Das Vorgehen dieser Genossen war aber insofern begreiflich, als die Freisinnigen auch in den Stichwahlen fast überall der Reaktion Zutreiberdienste geleistet haben. Zu den 11 Mandaten, die sie bereits bei den Hauptwahlen der Reaktion auslieferten, haben sie dieser bei den Stichwahlen noch weitere 32 Mandate zugeschanzt.

Damit die Sündenliste des Freisinns nicht der Vergessenheit anheimfällt, soll sie hier aufgeführt werden. Zunächst die Kreise, die der Freisinn durch Verzicht auf eigene Kandidaturen den Parteien der Rechten ausgeliefert hat. Zu diesem Zwecke führen wir die Stimmen auf, die der Freisinn im Jahre 1903 aufgebracht hat, und das Mehr, das der Gegenkandidat der Sozialdemokratie dadurch am 25. Januar erzielte:

	Freisinnige Stimmen 1903	Parteibezeichnung Mehrheit des gegnerischen Kandidaten
Elberfeld-Barmen	4 529	4 151 Antis.
Wanzleben	406	691 Antis.
München I	712	1 426 natl.
Borna-Oschatz	3 162	3 457 Rp.
Cannstatt	2 579	2 182 natl.
Eßlingen	4 217	2 936 natl.
Reuß j. L.	10 805	2 723 natl.
Schwarzburg-R.-S.	3 271	4 932 natl.
Breslau-Ost	5 144	5 624 kons.
Löbau	2 644	2 954 natl.
Pirna	1 399	1 645 Antis.

Bei den Stichwahlen hat der Freisinn den Parteien der Rechten die Mandate folgender Wahlkreise verschafft, und zwar:

den Konservativen 7,
nämlich: Potsdam-Osthavelland, Randow-Greifenhagen, Striegau-Schweidnitz, Grünberg-Freystadt, Querfurt, Malchin-Waren und Güstrow;

den Reichsparteilern 7,
nämlich: Zauch-Belzig, Kottbus-Spremberg, Bitterfeld-Delitzsch, Harburg-Buxtehude, Mecklenburg-Strelitz, Sachsen-Altenburg und Schaumburg-Lippe;

den Nationalliberalen 11,
nämlich: Potsdam-Westhavelland, Wolmirstedt-Neuhaldensleben, Liebenwerda-Torgau, Apenrade-Flensburg, Dithmarschen, Döbeln-Roßwein, Annaberg-Eibenstock, Darmstadt, Rostock, Jena und Sachsen-Koburg;

den Antisemiten 6,
nämlich: Eschwege-Schmalkalden, Weimar, Eisenach und Holzminden, Meißen-Großenhain, Elberfeld-Barmen;

dem Bund der Landwirte 1,
nämlich Kaiserslautern.

Der Freisinn hat als Oppositionspartei ausgelebt. Mit seinen Verrätereien bei den Reichstagswahlen ist er zum willfährigen Handlanger der Reaktion herabgesunken. Die Sozialdemokratie wird in Zukunft die einzige Partei sein, die für die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse kämpft, die einzige Partei, die für die demokratische Entwickelung des Reiches eintritt!

Mehr denn je ist das Proletariat in seinem Befreiungskampfe auf sich selbst, auf seine eigene Kraft angewiesen! Mit desto größerem Eifer müssen daher unsere Parteigenossen ihre ganze Kraft in den Dienst unserer Sache stellen! Haben wir den Wahlkampf trotz der schamlosesten Hetze und des äußersten Aufgebots unserer Feinde als die unüberwindliche Dreimillionenpartei bestanden, so muß es uns bei sorgfältiger, intensiver und unermüdlicher Organisations- und Aufklärungsarbeit auch gelingen, die uns noch fernstehenden Klassengenossen mehr und mehr um unsere Banner zu sammeln und so neue Erfolge und neue Siege für die Partei zu erkämpfen!

* * *

Nachwahlen zum Reichstag.

Nachwahlen zum Reichstag, an denen die Partei beteiligt war, haben in der Zeit vom 1. August 1906 bis zum 1. Juli 1907 sechs stattgefunden. Davon fanden drei vor der Auflösung des Reichstags statt. Die bisherigen Abgeordneten dieser drei Kreise waren verstorben, darunter der Genosse Grünberg, der den Wahlkreis Döbeln-Nossen-Roßwein vertreten hatte. An seine Stelle wurde in der Nachwahl Genosse Pinkau gewählt. In den beiden anderen Kreisen, Stade-Bremervörde und Hadersleben-Sonderburg, haben wir mit Stimmenzuwachs abgeschlossen.

Zu den allgemeinen Wahlen im Jahre 1903 stand das Stimmenergebnis in folgendem Verhältnis:

Wahlkreise	Bei der Wahl am 16. Juni 1903			Bei den Nachwahlen vom 1. August 1906 bis zum 25. Januar 1907		
	abgegebene gültige Stimmen	für Sozialdemokraten	Prozent	abgegebene gültige Stimmen	für Sozialdemokraten	Prozent
Döbeln-Nossen-Roßwein	24 195	13 162	54,4	24 044	12 207	50,7
Stade-Bremervörde	20 613	5 964	29,8	21 284	6 183	29,0
„ (Stichwahl)	19 410	7 178	36,9	20 646	7 149	34,6
Hadersleben-Sonderburg	15 862	712	4,4	16 200	770	4,7

Bei den allgemeinen Wahlen im Januar war der freisinnige Flottenvereins-Stipendiat Eickhoff doppelt gewählt worden. Das Mandat für Mühlhausen-Langensalza legte er daraufhin nieder, wodurch er aber mit seinem dortigen Wahlkomitee in heftige Differenzen geriet; er sollte versprochen haben, eventuell das Mühlhauser Mandat zu behalten, was Eickhoff jedoch bestritt. Aber allen Reinwaschungsversuchen zum Trotz haben schließlich Mitglieder des früheren Vorstandes der vereinigten liberalen Parteien in Mühlhausen am 29. April eine Erklärung veröffentlicht, in der behauptet wird, Eickhoff habe in der Komiteesitzung am 22. Dezember 1906 versprochen, im Falle seiner Doppelwahl seinen Thüringer Wählern treu zu bleiben. In der Nachwahl ging das Mandat, das bis dahin zum alten freisinnigen Besitzstand gezählt hatte, auf die Konservativen über. Für uns war bei dieser Wahl ein größerer Erfolg von vornherein ausgeschlossen, zumal das Zentrum, das sich mit seinen 2000 Stimmen am 25. Januar an der Wahl nicht beteiligte, bei der Nachwahl für den Konservativen eintrat. Bei der Nachwahl im Kreise Schleiden-Malmedy kamen wir nicht ernstlich in Betracht.

Das Verhältnis unserer Stimmen bei diesen Nachwahlen zu den bei den allgemeinen Wahlen am 25. Januar ist wie folgt:

Wahlkreise	Bei der Wahl am 25. Januar 1907			Bei den Nachwahlen vom 25. Januar 1907 bis zum 1. Juli 1907		
	abgegebene gültige Stimmen	für Sozialdemokraten	Prozent	abgegebene gültige Stimmen	für Sozialdemokraten	Prozent
Mühlhausen-Langensalza	22 683	6 016	26,5	23 537	5 610	24,2
Glauchau-Meerane	30 181	16 682	55,2	29 786	17 074	57,3
Schleiden-Malmedy-Montjoie	18 543	334	1,8	15 703	96	0,6

Energie nötig," ermutigte ihn die junge Frau. „Und noch eins: Du versprichst mir, falls sich unsere Befürchtung begründet zeigt, keine Torheit zu begehen? Georg — denk an uns! Gib mir Deine Hand darauf!"

„Hier hast Du sie, mein Lieb! Und besorge nichts, Du hast mich neulich für immer geheilt! Ich will nicht meiner Feigheit durch eine so erbärmliche Fahnenflucht die Krone aufsetzen!"

„Gott gebe, daß es nicht so schlimm ist, wie wir denken," flüsterte die junge Frau und faltete die Hände zu einem langen, aber innigen Gebet, während ihr Mann mit Siebenmeilenstiefeln die Straße hinunter stürmte. In fliegender Hast, aber trotzdem in tiefen, schwermütigen, nagenden Gedanken [illegible] er vorwärts, erst als es immer steiler bergan ging, mäßigte er seinen Lauf, um sich nicht vor der Zeit zu erschöpfen.

Vor dem Häuschen des alten Forstaufsehers machte er Halt, und da er den jungen Lehrer [illegible], der gerade zu Besuch oben war, am offenen Fenster erblickte, ging er gar nicht erst hinein, sondern blieb vor dem Gartenzaun stehen und fragte mit gepreßter Stimme nach dem Vater.

„Der ist in der Stadt," lautete des Lehrers Bescheid.

„In der Stadt — wann kommt er zurück?"

„Vor Abend nicht. Wollen Sie ihn sprechen, Herr Friedmann?"

„Nicht bloß sprechen," versetzte Georg niedergeschlagen. „Sogar mitnehmen."

„Wohin?"

„Nach dem Plateau — ich rechnete fest auf seine Begleitung."

„Sie scheinen so aufgeregt — ist etwas passiert?"

„Wir fürchten es. Mein Schwager ist gestern ganz zeitig nach dem Forsthaus oben aufgebrochen und nicht zurückgekehrt. Es mag ihm ein Unglück zugestoßen sein. Ich gehe, nach ihm zu suchen und hoffte, Herr [illegible] [illegible] sich mir anschließen."

„Das ist freilich schlimm," entgegnete Felix [illegible]. [illegible]

rief schnell entschlossen: „So begleite ich Sie. Ich habe morgen frei — ja ja, ich gehe mit, wenn es Ihnen recht ist."

„Sie verpflichten mich zu großem Dank", erklärte Georg erfreut.

„Warten Sie nur ein paar Minuten — ich bin gleich fertig!"

Felix versprach nicht zu viel, in weniger als fünf Minuten stand er an der Seite des Wartenden, der sich inzwischen mit der alten Mutter des Lehrers unterhielt, die mit großer Bestürzung die Mitteilung des jungen Mannes von dem plötzlichen Verschwinden seines Schwagers vernahm. Natürlich erzählte er ihr nicht die ganze Wahrheit, er berichtete nur, daß Max einen Ausflug nach dem Poßelberg unternommen habe und von dort nicht zurückgekehrt sei. So äußerte er sich auch Felix gegenüber, da er nicht ahnte, daß Max diesen in das Geheimnis seines hiesigen Aufenthalts eingeweiht habe. Der Lehrer erriet zwar den richtigen Sachverhalt, verschloß aber ebenfalls seine Gedanken in sich selbst — er hatte ja Diskretion zugesichert und mußte sein Versprechen halten!

Tüchtig ausgreifend erklommen beide den Berg und setzten ohne Ruhepause, ja ohne auch nur den Blick zurückzuwenden, ihren Marsch nach dem alten Forsthause fort.

Als sie den Moorboden erreichten, erblickten sie auf der weichen Masse eingedrückt die Fußspuren eines Menschen.

„Hier ist er gegangen", rief Georg. „Wir sind auf der rechten Fährte."

Auch im Forsthause konstatierten sie die Anzeichen seiner Anwesenheit. „Man merkt, daß hier jemand gewesen ist", bemerkte Felix, indes Georg, durch den Anblick seltsam erschüttert, auf einen Stein gesunken war. „Nur Mut und Hoffnung, Herr Friedmann", suchte er seinen Begleiter zu trösten. „Ich begreife wohl, daß es Ihnen nahe geht, aber man darf die Hoffnung nicht aufgeben."

Sie durchsuchten den alten Raum von oben bis unten — umsonst! Dann eilte Georg, wie von einer unsichtbaren [illegible] ergriffen, nach dem alten Bergabhang.

„Max, Max", schrie er so laut er vermochte.

Keine Antwort.

Angestrengt lugte der junge Mann in die Tiefe — sie gähnte stumm und einsam zu ihm empor.

Felix gesellte sich zu ihm und setzte ein mitgenommenes Perspektiv ans Auge, um ebenfalls zu suchen.

„Da ist nichts wahrzunehmen," sagte Georg mit einem tiefen Seufzer.

„Nein, leider nicht — wenn man nur die Schlucht selber absuchen könnte."

„Sie fürchten auch, er sei abgestürzt?"

„Es ist wohl möglich."

„Er war so mutig und waghalsig — vielleicht versuchte er es, in diese Gründe hinabzusteigen."

„Ja ja —"

„Wenn man ein Stück hinunter käme."

„Ein Stück geht es schon — hier führt ein gangbarer Pfad bis nach dem Felsen dort. Ich kenne die Stelle, ich bin erst vor kurzem oben gewesen und habe versucht, auf ihm hinunter zu gelangen. Leider ist es aber nicht möglich."

„Immerhin — man kann von dort besser hinabschauen." Und Georg beeilte sich, den schmalen Kantenweg zu betreten, welcher am Tage vorher für seinen Schwager so verhängnisvoll geworden war.

Max folgte ihm ohne Furcht und bald langten beide auf dem Dreieck an.

Plötzlich stieß Georg einen lauten Schrei aus.

„Um Gottes Barmherzigkeit willen — hier liegt sein Hut!"

In der Tat direkt am Rande des Abhanges lag der Hut des unglücklichen Polizeibeamten, der ihm bei dem plötzlichen Stoße entfallen war.

„So ist es erwiesen, er war hier, er ist verunglückt," jammerte Georg. Er durfte ja seinem Begleiter nicht wissen lassen, daß er einen anderen Zusammenhang der Katastrophe vermute.

Beide Männer waren blaß geworden, die höchste Erregung sprach aus ihren Zügen. Noch einmal wandte Felix sein Perspektiv zur Anwendung. Auch Georg bemühte sich, mit seinen scharfen Augen die Tiefe zu durchdringen.

(Fortsetzung folgt.)

Die Nachwahl in Glauchau-Meerane ist durch den Tod unseres Genossen Ignaz Auer erforderlich geworden. In ihrem Siegestaumel glaubten die Gegner, uns den Wahlkreis entreißen zu können. In der Nr. 27 der reichsverbändlerischen Korrespondenz hieß es in einem Aufruf indezug auf diese Wahl: „Auf, deutsches Bürgertum, setze Deinen sicheren Siegeslauf, der so ruhmreich am 25. Januar d. J. begonnen hat, fort, und tilge den letzten roten Flecken von Deinem Rock! Auf, zur fröhlichen Tat!“

Die Ansetzung der Nachwahl erfolgte mit ungewohnter Schnelligkeit; schon 16 Tage nach dem Tode Auers fand sie statt. Diese Eile hatte zweifellos eine Überrumpelung unserer Genossen zum Zweck. Die wohlvorbereiteten Gegner führten den Wahlkampf mit skrupellosester Heftigkeit, und zwar ganz nach der Methode und mit den Waffen des Reichsverbandes. Die gesamte bürgerliche Presse des Wahlkreises brachte täglich die gemeinsten Angriffe gegen die Partei, und täglich haben die Gegner per Auto den Kreis mit Flugblättern überschwemmt. Versammlungen hielten sie in großer Zahl ab; besetzten aber auch alle von uns veranstalteten Versammlungen mit Rednern. Der gegnerische Kandidat sprach in jeder Versammlung, in der unser Kandidat Molkenbuhr referierte. In den letzten Tagen versuchten die Gegner sogar systematisch unsere Versammlungen zu sprengen.

Dem Ausgange des Kampfes, der sich in den letzten Tagen bis zur Siedehitze gesteigert hatte, wurde überall mit der größten Spannung entgegengesehen. Unsere Genossen im Kreise Glauchau-Meerane haben die Erwartungen, die man auf sie setzen durfte, nicht getäuscht; sie haben den Wahlkreis Auers nicht nur glänzend behauptet, sondern sie haben den Gegnern auch eine empfindliche Niederlage bereitet. Die Gegner verloren gegen die Wahl am 25. Januar 742 Stimmen, während wir eine Zunahme von 392 Stimmen zu verzeichnen hatten. Unsere Stimmenzahl wäre erheblich größer gewesen und würde nicht weit hinter der des Jahres 1903 zurückgeblieben sein, wenn nicht infolge einer Verfügung des Wahlkommissars diejenigen Wähler, die seit dem 25. Januar aus ihrem Bezirk verzogen waren, bei der Nachwahl in ihrem alten Wahlbezirk nicht wählen durften und dadurch ihres Wahlrechtes verlustig gegangen sind. Von dieser Maßnahme wurden sehr viele Arbeiter betroffen, weil zwischen den allgemeinen Wahlen und der Nachwahl der 1. April als Umzugstermin lag.

Das Wahlergebnis hat im bürgerlichen Lager große Enttäuschung hervorgerufen. Das „Leipziger Tageblatt“ schrieb: „Man ist auf bürgerlicher Seite in einem Kampfe unterlegen, in dem man die Kräfte aufs höchste anspannte. Das muß offen zugestanden werden.“ Und die „Deutsche Tageszeitung“ gab den bürgerlichen Parteien den dringenden Rat, auf der Hut zu sein, „damit sie bei den nächsten Reichstagswahlen nicht wieder eine so unliebsame Überraschung erleben, wie bei der auf die glückliche Reichstagswahl im Jahre 1887 folgenden Wahl des Jahres 1890.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Wirtschaftskrise in Sicht!

Es liegt im Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung begründet, daß der wirtschaftliche Aufschwung immer wieder von der Wirtschaftskrise abgelöst wird. Die Unternehmer, welche anzuordnen haben, welche Waren und wieviel Waren zu produzieren sind, können nicht wissen, welche Waren Absatz finden. Sie sind gezwungen, zu spekulieren“. Die Folge ist, daß einige Jahre hindurch darauf losproduziert wird, bis sich plötzlich herausstellt, daß der Warenmarkt überfüllt ist. Dann lassen sich die Waren nicht mehr mit Profit, nicht einmal mehr zum Produktionspreis verkaufen; erst langsam gelingt es unter Verlusten die Waren zum Absatz zu bringen. Während der Krise kann nur sehr wenig neu produziert werden; tausende von Arbeitern müssen auf das Straßenpflaster geworfen werden; die industrielle Reservearmee der Arbeitslosen schwillt ins Ungemessene an, bis endlich die Wirtschaftskrise überwunden ist.

Auch jetzt gibt es zahlreiche Arbeitslose, aber noch haben wir Hochkonjunktur. Tritt erst die Wirtschaftskrise ein, so tritt mit einem Male oder allmählich eine ungeheure Entlassung von Arbeitskräften ein. Das Elend tritt weit schroffer wie seit Jahren in die Erscheinung.

Nach den uns vorliegenden neuesten Berichten im Handelsteil der bürgerlichen Blätter unterliegt es keinem Zweifel, daß sich das Gespenst der Wirtschaftskrise naht und seine verheerenden Wirkungen nicht anders, wie die einer Seuche bald genug zu spüren sein werden.

Schon vor Monaten war zu befürchten, daß der Niedergang des Wirtschaftslebens nicht mehr lange auf sich warten lassen könne. Der Kurszettel, dieses Barometer des Wirtschaftslebens, zeigte schlechtes Wetter an. Die Wertpapiere fielen. Die Börse hat gewöhnlich ein feines Gefühl für das, was sich in der Weltwirtschaft abspielt. Wenn für die feste Zinsen tragenden Papiere und die Aktien nicht mehr derselbe Preis gezahlt wird wie bisher, so müssen die Bourgeois wohl fürchten, daß die Aktiengesellschaften keine so fetten Dividenden mehr erzielen werden, wie früher, und auch die Sicherheit der festverzinslichen Obligationen ins Wanken gerät. Im Widerspruch zu den Börsenkursen standen freilich lange die Berichte der Syndikate, der Unternehmerverbände und Aktiengesellschaften; nach den Berichten dieser Unternehmungen zu urteilen, waren die Kursstürze in der Geschäftslage nicht begründet. In den letzten Tagen aber äußern sich unsere Industriellen und Kaufleute, sowie die verschiedenen Sachwalter der Interessen unsrer Bourgeoisie ganz anders; ihre profitbedürftige Seele ist sehr „flau“ gestimmt. Wohl malen die vorliegenden Geschäftsberichte für das Jahr 1906 oder auch für die Zeit vom 1. April 1906 bis 31. März 1907 die Wirtschaftslage im rosigsten Lichte; aber heute haben wir Mitte August, und wer vor fünf Monaten noch himmelhochjauchzend den kapitalistischen Himmel voller profitspendender Geigen sah, erschaudert heute zum Tode betrübt.

Im März gab es einen Riesenkrach an der Börse; seit der Zeit haben sich die Kurse nicht verbessert. Die Leitungen unserer großen, in Kartellen und Syndikaten vereinigten Industrie suchten den Kurs ihrer Aktien zu erhöhen, indem sie auf die guten Bestellungen hinwiesen, denen sich die Industrie erfreut. Die Börsenleute blieben bei ihrem Mißtrauen. Ein Zeichen dafür, daß dieser Mangel an Zuversicht berechtigt gewesen ist, war die ungeheure Geldknappheit. Der Unternehmer, der bares Geld brauchte, mußte dafür ungeheure Zinsen zahlen. Der Zinsfuß stieg in Deutschland, England, Amerika, in der ganzen Welt. Die Wiener Börse war lange Zeit nur langsam den übrigen Börsen gefolgt; vor einigen Tagen trat eine allgemeine Flauheit auch bei den Börsenspekulanten in der Donau-Stadt ein.

Möglich, daß der Zinsfuß sinken wird! An der Börse nahm man größtenteils an, die Gefahr eines Rückganges der Industrie würde behoben sein, wenn nur wieder das Geld leichter zu haben sei. Heute aber nehmen die Börsenkreise — und zwar mit Recht! — an, der Rückgang des Zinsfußes würde gerade den Rückgang der Konjunktur bestätigen. Wenn nämlich die Industrie nicht mehr so sehr beschäftigt ist wie jetzt, wenn des Sonnabends weniger Löhne zu zahlen sind, wenn weniger Roh- und Hilfsstoffe gebraucht werden, wenn keine Erweiterungen und Neubauten von Betrieben mehr vorgenommen werden, so nehmen die Ansprüche der Industriellen an den Geldmarkt ab. Mit der verminderten Nachfrage nach barem Geld sinkt dann der Zinsfuß. Mit der Verschlechterung der Geschäftslage sinken auch die Preise der Rohstoffe. Wenn z. B. Eisen und andere Metalle nicht mehr in gleichem Maße wie bisher begehrt werden, müssen ihre Preise sinken. Der einzelne Unternehmer braucht dann nicht mehr so viel bares Geld zur Bezahlung seiner Rechnungen; auch dadurch wird der Geldmarkt entlastet. Bare Zahlungen sind in hohem Maße wieder am 1. Oktober zu leisten; nach den vorliegenden Berichten ist zu erwarten, daß der Geldmarkt zum 1. Oktober wieder erheblich in Anspruch genommen werden wird, aber doch nicht in so hohem Grade, wie es zum 1. Juli der Fall war. Nur die Leitungen der großen Kartelle behaupten öffentlich, der Geldmarkt werde ihres Erachtens zum 1. Oktober in mindestens so hohem Umfange wie jemals in Anspruch genommen werden. Aber die Kartelle haben ein Interesse daran, um nach wie vor exorbitante Preise zu erzielen, zu verschleiern, daß der Markt abflaut. Die Konsumenten warten sonst, bis der Krach da ist, um dann billiger einzukaufen. Tatsächlich sind sich die Kartelle über die Situation so wenig wie andere Leute im unklaren.

Manche Leute glauben, eine Krise könne nicht anders beginnen als mit einem Bankerott zahlreicher Fabrikanten und sonstiger Unternehmer. Das ist natürlich oft der Fall, aber keineswegs immer. Die Handelskammer Bochum nimmt z. B. an, daß nicht gerade Massenbankrotte uns bevorstehen, aber doch eine allmähliche Abflauung, die sich in langsamen Arbeiterentlassungen zeigen würde. Ähnlich wird die Lage im Bericht der Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich beurteilt. Diese Bank gehört zu der Gruppe von Unternehmungen, die sich um die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft in Berlin gruppieren und sich gegenseitig in die Taschen wirtschaften.

Je größer der Mangel an Verbrauchsartikeln aller Art, umso geringer der Mangel im Volke. Je größer der Überfluß an Gütern auf dem Weltmarkt, umso schlimmer das Elend der Massen. An diesem Widerspruch wird notwendigerweise die kapitalistische Wirtschaftsordnung früher oder später zugrunde gehen, denn er wird mit in erster Linie das Proletariat veranlassen, die Produktionsmittel aus einer Ursache der Not in eine Quelle des Wohlstandes für die breiten Massen zu verwandeln.

Wieder ein Terrorismus-Schwindel.

Jüngst ging durch die bürgerliche Presse die Klage eines mit dem Metallarbeiterverband Unzufriedenen in Brandenburg, der vorgab, bei seinem Austritt aus dem Verbande schlecht behandelt worden zu sein. Wir haben die Sache richtiggestellt und gezeigt, daß der in Frage kommende Verbandsfunktionär durchaus einwandsfrei gehandelt habe, weniger einwandfrei der Beschwerdeführer.

Fast dasselbe Vorkommnis nun berichtet der „Regulator“, das Organ der Hirsch-Dunckerschen, aus Berlin. Er schildert den Hergang wie folgt:

„Der Arbeiter A. D. hatte bei der Firma Baer u. Stein Arbeit erhalten, durfte jedoch auf Anweisung des Metallarbeiterverbandes die Arbeit nicht antreten, da die Fabrik für die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes gesperrt war. Das Mitglied A. D. sollte nun auf Weisung des Metallarbeiterverbandes eine Arbeitsstelle antreten, in der ein völlig ungenügender Verdienst angeboten wurde. Das lehnte der Arbeiter A. D. ab, ging zu seiner Ortsverwaltung und beantragte seine Unterstützung, da er durch die Schuld seines Verbandes arbeitslos war.

Der Deutsche Metallarbeiterverband, dessen Redner in allen Versammlungen mit ihrem Unterstützungswesen kredsen gehen, wies das Mitglied A. D. brüsk ab, worauf der Kollege erklärte, wenn er in solchen Fällen keine Unterstützung erhalte, habe der Verband für ihn keinen Zweck, er werde diese Angelegenheit in der im August stattfindenden Generalversammlung vorlegen. Soweit war die ganze Angelegenheit eine Differenz zwischen dem Mitglied und dem Metallarbeiterverband.

Das weitere lassen wir jetzt das Mitglied A. D. selbst erzählen:

„Darauf verlangte Cohen meine Papiere (Quittungsbuch. D. Red.), was ich verweigerte, weil ich sie haben mußte, um zur Generalversammlung Zutritt zu erhalten, die im August stattfindet, was die Herren vom Vorstand auch ganz genau wußten. Jetzt sprang das Mitglied vom Vorstand, Kassierer Herr Henning, von seinem Platze auf,

würgte mich am Halse, stieß mir in den Mund mit der Faust, daß mir die Zähne bluteten,

weil ich mich weigerte, die Papiere herzugeben, und

entriß mir aus meiner Überziehertasche die Papiere mit Gewalt,

sogar noch ein Zeugnis der Firma Mosler u. Comp., welches ich bis heute noch nicht wieder habe. Als ich sagte, ich werde Anzeige erstatten, da schrie der feine Herr vom Vorstand, Herr Henning:

Wollen Sie Strolch jetzt machen, daß Sie rauskommen.

Auf meine Entgegnung, ich sei kein Strolch, sondern ein organisierter Arbeiter, kam mir der Herr (Henning. D. Red.) auf den Flur nachgelaufen, packte mich im Genick und schrie:

Ich schmeiße Sie die Treppe hinunter, alter Lump und Streikbrecher. Das Wort „Streikbrecher“ gilt diesem Herrn als Ehrenname, wenn es gilt Leute, die um Unterstützung kommen, dadurch abzuweisen.“ . . .

Soweit das Schreiben dieses Arbeiters, der nach seiner Angabe zirka zwei Jahre Mitglied beim Deutschen Metallarbeiter-Verband war und noch keine Unterstützung bezogen habe.“

Wie in Brandenburg liegt auch die Sache in diesem Falle. Der Galvaniseur Albert Dreher verlangte in einer Sitzung der Ortsverwaltung, daß man ihm helfe, daß er nicht in einem gesperrten Betriebe Arbeit angenommen hätte, die Maßregelungsunterstützung zahlen solle. Da dies aber 1. nach den statutarischen Bestimmungen unmöglich ist, 2. jede moderne Organisation von ihren Mitgliedern verlangen kann, was für einen organisierten Arbeiter selbstverständlich ist, daß er gesperrte Betriebe meidet, so konnte die Ortsverwaltung diesem Verlangen nicht stattgeben. Nun wurde Dreher aufgebracht, und erklärte seinen Austritt. Trotz gütlichem Zureden, sich die Sache noch einmal zu überlegen, denn er bekäme doch Arbeitslosen-Unterstützung, verblieb er bei seiner Austrittserklärung. Darauf wurde D. aufgefordert, das Mitgliedsbuch abzugeben. Dies verweigerte Dreher mehrmals, und der Kassierer Henning nahm es ihm aus der Hand. Dreher entfernte sich dann. Der Kassierer Henning lief ihm dann aber nach, um ihm ein Arbeitszeugnis zu geben, welches er in dem Verbandsbuche des D. gefunden hatte. Dreher verweigerte jedoch die Annahme desselben und in der Woche darauf konnte der „Regulator“ die Sache in der wiedergegebenen unrichtigen Weise veröffentlichen.

Soweit trifft die Sache nur den Ausgeschiedenen. In ihrer weiteren Entwickelung aber den „Regulator.“ Der fügte dieser Darstellung flugs hinzu:

„Sollte der Metallarbeiterverband sich aber nicht dazu äußern, müssen wir annehmen, daß alles buchstäblich wahr ist, dann würden wir allerdings diesen Fall in nächster Zeit einmal gründlich von seiner prinzipiellen Seite aus behandeln.“

Inzwischen ist dem „Regulator“ unter dem 9. d. M. eine Berichtigung zugegangen; ihr Abdruck aber durch Antwort unter dem 14. für die nächste Nummer verschoben. Die Wirkung dieser Handlungsweise, die Veröffentlichung der Berichtigung hinauszuschieben, ist natürlich, daß die Hirsche eine „neue Roheit des Deutschen Metallarbeiterverbandes“ weitererzählen können, denn die Behauptung des „Regulator“ ist durch eine Berichtigung nicht widerlegt worden. Diese Kampfesweise der Herren vom Gewerkverein erinnert an das Wort: Verleumde nur zu, es bleibt doch etwas hängen!

Soziales und Parteileben.

Eine Episode aus dem Polizeistaat. Ein Arbeiter, der zehn Jahre in der königlichen Artilleriewerkstatt in Spandau beschäftigt war, wurde Anfang dieses Jahres plötzlich entlassen, weil er eine von sozialdemokratischer Seite einberufene Reichstagswähler-Versammlung besucht hatte und bei dem Hoch auf die Sozialdemokratie, gleich den anderen Versammlungsbesuchern aufgestanden war. Diese Tatsache ist der Leitung der Staatswerkstatt nicht etwa bekannt geworden durch einen Spion, der um seines eigenen Vorteils willen die Gesinnung anderer auszuschnüffeln und geeigneten Ortes zu hinterbringen für gut befindet, sondern es war der Polizeikommissar Marx, der jene Versammlung überwachte und sich — ob aus eigenem Antriebe oder auf höhere Weisung ist nicht festgestellt — verpflichtet fühlte, der Leitung der Staatswerkstatt anzuzeigen, daß der ihm persönlich bekannte Arbeiter in der Versammlung war und bei dem Hoch mit aufgestanden ist. Die Maßregelung des Arbeiters, die infolge der Anzeige des Polizeikommissars erfolgte, wurde am 30. Januar in einer Wählerversammlung in Spandau bekanntgegeben. Der Zahntechniker Reibeholz, der in dieser Versammlung als Diskussionsredner auftrat, kritisierte das polizeiliche System, mit dem wir in Preußen „gesegnet“ sind. Er führte zur Illustration desselben eine Reihe bekannter Polizeitaten an und erwähnte zum Schluß auch der durch die Anzeige des Polizeikommissars veranlaßten Maßregelung. Er meinte, die Handlungsweise des Beamten sei ein Ausfluß des polizeilichen Systems. In Arbeiterkreisen denke man über eine solche Handlungsweise allerdings anders. Hier gelte der Spruch: „Der größte Lump im ganzen Land das ist und bleibt der Denunziant.“ In einer Versammlung am 4. Februar hat Reibeholz in demselben Sinne gesprochen. Das Spandauer Schöffengericht hat ihn deshalb wegen Beleidigung des Polizeikommissars Marx in zwei Fällen zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt. Gegen dieses Urteil hat sowohl die Staatsanwaltschaft, welche eine höhere Strafe durchsetzen wollte, als auch der Angeklagte Berufung eingelegt. Vor der dritten Strafkammer am Landgericht II, die am Sonnabend über diese Sache verhandelte, beantragte der Staatsanwalt, die Strafe auf 200 Mk. zu erhöhen, während der Verteidiger, Rechtsanwalt Theodor Liebknecht, die Freisprechung des Angeklagten beantragte, denn, wie die Beweisaufnahme ergeben, habe der Angeklagte die als beleidigend erachtete Äußerung nicht auf die Person des Polizeikommissars bezogen, sondern er habe das System gekennzeichnet und dann gesagt, welche Meinung man in Arbeiterkreisen über Denunzianten habe. Wenn man aber die Äußerung trotzdem auf den Kommissar beziehen wolle, dann sei zu bedenken, daß dessen Verhalten berechtigten Anlaß zu einer scharfen Kritik gegeben habe. Der Polizeibeamte, der eine Versammlung überwache, habe nur darauf zu achten, ob etwa Verstöße gegen das Vereinsgesetz vorkämen, die er zur Anzeige zu bringen hätte. Pflicht- und gesetzwidrig handle der Beamte, der einer Betriebsleitung anzeige, daß er einen bei ihr beschäftigten Arbeiter in der Versammlung gesehen habe. Um so mehr mußte das Verhalten des Polizeikommissars die Kritik herausfordern, als er wußte, seine pflicht- und gesetzwidrige Handlungsweise werde die Folge haben, daß ein seit vielen Jahren im Staatsbetriebe beschäftigter Familienvater seiner Existenz beraubt wird. Das Gericht erkannte auf Verwerfung der beiderseitigen Berufung. Es bleibt also dabei, daß jemand bestraft wird, der nicht sehr vorsichtig in der Wahl seiner Worte ist, wenn er die Handlungsweise eines Polizeibeamten kennzeichnet, der seine amtliche Stellung benutzt, um einer Betriebsleitung bei der Auskundschaftung der Gesinnung ihrer Arbeiter behilflich zu sein und dadurch zur Maßregelung von Familienvätern beizutragen.

Die „Christen“ als Propagandisten des — Klassenkampfes. Ein Führer der christlichen Holzarbeiter gibt im Organ seiner Gewerkschaft seine Erfahrungen, die er während einer Agitationstour durch Mitteldeutschland machte, zum Besten. In Hessen will er bemerkt haben, daß die dortigen Sozialdemokraten recht schlappe Gesellen sind, ihr Klassenbewußtsein verkörpere sich in der Abschließung ihrer Vergnügungen von denen der Kleinbürger, und als Klassenkampf gelte ihnen der Streit um einige Pfennige Lohnerhöhung. Dann heißt es:

„Über die Zukunft unsres Verbandes in Mitteldeutschland ist schlecht weissagen. Soviel steht jedoch fest, daß in nächster Zeit hier kaum Massen zu gewinnen sind. Man kann dieses ruhig auf das Konto der sozialdemokratischen Erziehung zu Spießbürgern schreiben. Tiefstes Denken hat man die Arbeiterschaft nicht gelehrt . . . Hier haben die christlichen Gewerkschaften die Erziehung klassenbewußter Arbeiter in die Hand zu nehmen.

Der Mann hat demnach viel vor. Nur schade, daß er seine Absichten nicht ausführen kann; die christlichen Oberbonzen würden ihm bald das Handwerk legen.

Ueber den Arbeitsmarkt im Juli berichtet das amtliche „Reichsarbeitsblatt“: Auch im Monat Juli hat die günstige Gesamtkonjunktur des gewerblichen Arbeitsmarktes eine wesentliche Veränderung nicht erfahren, wenn auch von einzelnen Stellen, z. B. der Metallindustrie, gemeldet wird, daß neue Aufträge nicht mehr in der gleichen Stärke eingehen, wie in den letzten Monaten. Im allgemeinen wird der Arbeitsmarkt noch immer stark angespannt, und Arbeitskräfte wurden, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, in den Hauptindustrien auch im Juli sehr gesucht. Der Kohlenbergbau hat vollauf zu tun und konnte infolge besserer Wagengestellung auch den Ansprüchen mehr gerecht werden. In der Eisen-, Stahl- und Maschinenindustrie war der Geschäftsgang durchgängig im Juli günstig und das gleiche gilt mit lokalen Ausnahmen auch von der elektrischen Industrie. Die Verhältnisse in der Textilindustrie konnten im allgemeinen befriedigen mit Ausnahme der Aachener Tuchindustrie und der Krefelder Seidenstoffweberei. Ebenso werden die Verhältnisse in der chemischen Industrie auch weiterhin als günstig bezeichnet. Die Lage des Baugewerbes war ungleich, aus einzelnen Bezirken wird vermehrte Bautätigkeit gemeldet, in anderen Bezirken, besonders Berlin, machten sich die Einflüsse von Arbeitsstreitigkeiten besonders störend geltend. Eine Reihe von Gewerben wurde durch die Witterungsverhältnisse ungünstig beeinflußt, so insbesondere das Braugewerbe, das Gastwirtschaftsgewerbe und die Konfektion. Im übrigen machten sich wie alljährlich die Ansprüche der Landwirtschaft stark bemerkbar und ebenso der Einfluß der Reise- und Badesaison. In einer Reihe von Gewerben wurde die Lage des Arbeitsmarktes überdies durch Arbeitsstreitigkeiten nicht unerheblich beeinflußt. Die Beschäftigungsziffer bei den an das Kaiserl. Statistische Amt berichtenden Krankenkassen war am 1. August um 4491 Personen höher als am 1. Juli d. J., im Vorjahre zeigte sich in dem gleichen Zeitraum eine Abnahme von 9078 Personen. Die Arbeitsnachweise berichten im allgemeinen von einer gesteigerten Vermittlungstätigkeit. Hervorgehoben sei, daß in den badischen Berichten die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden im Juli als auffallend hoch bezeichnet wird.

Die Kaufmannsgerichte im Deutschen Reiche. Bis zum 1. Juli waren im Deutschen Reiche insgesamt 245 Kaufmannsgerichte ins Leben getreten. Davon entfallen auf Preußen 157, auf Bayern 24, auf Sachsen 17, auf Württemberg 9, auf Baden 6, auf Hessen 5, auf Mecklenburg-Schwerin 3, auf Sachsen-Weimar 4, auf Oldenburg 3, auf Koburg-Gotha 2, auf Anhalt 3, auf Bremen 2 und auf Elsaß-Lothringen 4. Auf Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Reuß ältere und jüngere Linie, Lübeck und Hamburg entfällt je 1 Kaufmannsgericht.

Das bloße Gesäß als genehmigtes Prügelobjekt in der Schule. In einer Volksschule zu Gronau in Hannover hatte eine weibliche Lehrperson ein Schulkind männlichen Geschlechts sich seines Höschens entledigen lassen, um es dann durch Stockhiebe auf das nackte Gesäß zu mißhandeln, und das vor versammeltem Schulvolke! Der tiefempörte Vater des Knaben erstattete natürlich sofort Strafanzeige wegen Beleidigung und Mißhandlung. Es wurde ihm folgender Bescheid zuteil:

Hildesheim, den 22. Juli 1907.

Der Erste Staatsanwalt
Geschäfts-Nr. 4 J 505/07 G.

Auf die nicht datierte, hier am 12. Juni 1907 eingegangene Anzeige gegen die Lehrerin Elisabeth Reinbeck in Gronau.

Ihrer Ansicht, Sie und Ihr Sohn seien dadurch beleidigt worden, daß die Beschuldigte Ihren Sohn vor der ganzen Klasse durch Schläge auf das entblößte Gesäß gezüchtigt hat, kann ich nicht beitreten.

Die Beschuldigte hat Ihren Sohn gezüchtigt, weil er trotz häufiger Ermahnungen zur Ruhe immerfort auf dem Schulhof und in der Klasse gelärmt und den Unterricht in erheblicher Weise gestört hat.

Sie hat die oben erwähnte Art der Züchtigung (Schläge auf das entblößte Gesäß) gewählt, weil ihr nach ihren glaubhaften Angaben eine wirksame Züchtigung ohne Herunterziehen der Hose nicht möglich gewesen wäre. Diese Maßnahme lag noch innerhalb der Grenzen des Züchtigungsrechts, so daß ein strafbarer Verstoß gegen § 340 St.-G.-B. nicht vorliegt.

Bei dieser Sachlage kann in dem Verhalten der Beschuldigten aber auch eine Äußerung ehrverletzenden Charakters für Sie nicht erblickt werden. Selbst wenn man die Handlungsweise der Beschuldigten für objektiv beleidigend halten wollte, so ist der Beschuldigten jedenfalls nicht im entferntesten bewußt gewesen, daß Sie oder Ihr Sohn darin eine Beleidigung erblicken würden. Vor allem aber kommt in Betracht, daß die Beschuldigte beabsichtigte, Ihren Sohn zu züchtigen, also ihm ein körperliches Übel zuzufügen, nicht aber ihn, am allerwenigsten seine Eltern, durch die Art der Züchtigung an der Ehre zu kränken, also zu beleidigen. Der Vorsatz, körperlich zu züchtigen, schließt die Absicht, zu beleidigen, in der Regel aus.

Das Verfahren hat daher eingestellt werden müssen.

In Vertretung:
(Unterschrift unleserlich.)

An die Ehefrau Randel, Gronau, Hapfenberg Nr. 272.

Wir wollen diese klassische Urkunde preußischer Hochkultur nicht durch lange Kritik abschwächen. Von der „Deutschen Tageszeitung“, dem Organ für christlich-arische Kulturpflege, erwarten wir jedenfalls, daß sie die gute Lehrerin aus Gronau nächstens in einem schwungvollen Leitartikel verherrlichen wird. Daß der Erste Staatsanwalt in Hildesheim in dem Zeitalter der [illegible] aufgewachsen mag, ist selbstverständlich. Der katechismusbringende Schulmeister des Mittelalters, der sich für die ganze trostlose Misere seines Daseins an der Verprügelung [illegible] Kinderleiber entschädigte, feiert fröhliche Auferstehung! Preußen in Deutschland voran!

Der Antwerpener Hafenarbeiterstreik ist beendet. In einer nicht öffentlichen Versammlung der ausständigen Hafenarbeiter wurde beschlossen, den allgemeinen Ausstand zu beenden. Sämtliche Arbeiter werden die Arbeit wieder aufnehmen, mit Ausnahme der Kranenlader und Holzarbeiter, die vor einigen Wochen in den Ausstand getreten sind.

Weiße Sklaven. Die Einwanderungs-Behörden in Chicago sind soeben einer Massenausbeutung von Knaben aus den südeuropäischen Ländern auf die Spur gekommen, die das größte Aufsehen erregt und zu Schritten bei den Regierungen in Europa führen dürfte. Es ist eine ganze Anzahl von Unternehmern verhaftet worden, die als „Impresarios“ hierher zum Hausieren und zu entwürdigenden Diensten aller Art verwendeten Jungen große Gewinne erzielten. Die Behörden stellten fest, daß diese „Padrones“ die kleinen Burschen durch ein [illegible] Anwerbesystem in Italien und Europa bezogen, gleich Sklavenhändlern bei schlechter Nahrung und roher Behandlung in vollkommener Gefangenschaft hielten und sie an Händler und Gewerbsleute, die Bedarf an billigem Arbeitsmaterial haben, gleich Stückgütern um einen bestimmten Preis pro Kopf abgaben. Die Einwanderungsinspektoren haben nun den Antrag gestellt, daß die Regierungen der in Betracht kommenden europäischen Staaten auf diesen ungeheuerlichen Handel aufmerksam gemacht werden sollen, damit schon dort den „Aufkäufern“ dieser lebenden Ware das Handwerk gelegt wird.

Der Wahlkreis Solingen hielt am Sonntag in Ohligs eine von 54 Delegierten beschickte Kreiskonferenz ab. Den Rechenschaftsbericht des Kreiskomitees und der Volksvereine erstattete der Vorsitzende Schaal-Solingen. Danach sind politisch organisiert 2782 Genossen gegen 2388 im Vorjahre. Die Einnahmen der Volksvereine sind von 7752,19 Mk. im Vorjahre auf 11 616,29 Mk., der Kassenbestand von 2082,52 Mk. auf 2908,51 Mk. gestiegen. Die Einnahmen des Kreiskomitees sind von 2768,76 Mk. auf 5089,12 Mk., der Kassenbestand von 195,56 Mk. auf 388 Mk. gestiegen. Die Abonnentenziffer der „Bergischen Arbeiterstimme“ hat im Berichtsjahre ebenfalls eine erhebliche Erhöhung, nämlich von 7150 auf 9500 erfahren. Zirka 50 Proz. der Wähler sind demnach Leser des Parteiorgans. Die Konferenz beschloß einstimmig, bis zum 1. Oktober die Zentralisation der Volksvereine vorzunehmen und wählte ebenso einstimmig zum Parteisekretär den Genossen August Bellert-Wald. Zum Parteitag in Essen wurde Genosse Thabor-Solingen als von den Volksvereinen mit absoluter Mehrheit gewählt bezeichnet, während zwischen den Genossen Bellert-Wald und Freund-Höscheid noch eine Stichwahl entscheiden muß. Neben Anträgen agitatorischer Art wurde nach längerer Debatte eine Resolution angenommen, welche das Kreiskomitee beauftragt, zur Schlichtung gewerkschaftlicher Differenzen zwischen Metall- und Industriearbeiterverband eine besondere Sitzung einzuberufen.

Parteipresse. Die Kreisgeneralversammlung des Wahlkreises Wiesbaden hat einstimmig beschlossen, vom 1. Oktober ab ein Monatsblatt herauszugeben, das im ganzen Wahlkreise, zunächst unentgeltlich, Verbreitung finden soll. Das Blatt wird den Titel „Wiesbadener Volksbote“ führen. (Redaktion: Wiesbaden, Mühlgasse 15.)

Strafkonto der Presse. Genosse Queissel vom „Volksboten“ zu Stettin wurde wegen Beleidigung des Rabattsparvereins in der Berufungsinstanz zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. In der ersten Instanz war er freigesprochen worden.

Aus Nah und Fern.

Eine verkrachte Mittelstands-Genossenschaft. Der Geschäftsführer der Genossenschaft vereinigter Schneidermeister in Hannover wurde wegen Defraudation von rund 65 000 Mk. verhaftet. Weitere bedeutende Fehlbeträge sind bisher nicht aufgeklärt. Die Genossenschaft hat infolgedessen die Zahlungen eingestellt. — In den nächsten Tagen wird sicher in der Reichslügenverbandspresse die Behauptung auftreten: es handle sich um eine sozialdemokratische Genossenschaft. Wir stellen deshalb schon jetzt gleich fest, daß die Genossenschaft mit der Arbeiterbewegung nicht das allergeringste zu tun hatte, sondern eine echte und rechte Mittelstandsgründung war.

Im Brockenmoor verunglückt? Im Torfhause am Brocken hielt sich in voriger Woche ein Herr Dr. Wolters aus Ildehausen auf, der angab, den Torfmoor des Brockens zwecks Ausbeutung zu industriellen Zwecken untersuchen zu wollen. Seit Donnerstag abend ist nun Dr. Wolters verschwunden und man glaubte es anfänglich mit einem Zechpreller zu tun zu haben, da Herr W. ohne Begleichung seiner Schuld fortblieb. Inzwischen haben die Verwandten des Herrn W. aber die Rechnung beglichen und man neigt nun der Ansicht zu, daß dieser im Brockenmoore verunglückt ist. Das Moor wird deshalb abgesucht werden.

Das jähe Ende einer Künstler-Laufbahn. Der Opernsänger Franz Adam in Wiesbaden soll sich mit einem Revolver erschossen haben. Der „L.-A.“ berichtet darüber: Franz Adam, der seit vier Wochen mit der Tochter eines hiesigen vermögenden Rentiers verheiratet war, hatte mit seiner jungen Frau am Sonnabend nachmittag einen Spaziergang gemacht; beide kehrten anscheinend in der besten Stimmung zurück und begaben sich in ihre Wohnung nach dem Kaiser Friedrich-Ring, wo bereits einige Verwandte ihrer harrten. Adam schien sehr ausgelassen, er sang einige Lieder, dann plötzlich entfernte er sich. Niemand maß seinem Weggang irgend welche Bedeutung bei, als plötzlich in dem Schlafzimmer des Adamschen Ehepaares ein Revolverschuß krachte. Leichenblaß stürzte die junge Frau in das Zimmer — ihr Mann war tot. Ein entladener Revolver, aus dem der tödliche Schuß in das Herz des Opernsängers gedrungen war, lag neben dem leblosen Körper des Künstlers. Von den nächsten Verwandten wird die Vermutung ausgesprochen, daß Adam beim Entladen der Waffe verunglückt sei, jedoch ist anzunehmen, daß der Künstler Selbstmord verübt hat. Allerlei unkontrollierbare Gerüchte durchschwirren die Stadt, bisher ist jedoch Positives nicht festgestellt. Der Künstler, der erst unlängst in London als Gast der Covent Garden Oper große Triumphe gefeiert hatte, stand im 31. Lebensjahre und gehörte dem Verbande des Wiesbadener Königlichen Theaters seit 1902 an. Die erschütternde Tragik seines Todes hat in allen Kreisen außergewöhnliche Teilnahme gefunden; sie steht im Widerspruch zu der anscheinend unverwüstlichen frohen Laune, die er als Mensch besaß und zu dem köstlichen Humor, mit dem er von der Bühne aus so viele Gestalten verkörperte. Als Mann und Künstler gleich beliebt, war Adam von aufrichtiger Begeisterung für seinen Beruf und von liebevollster Zärtlichkeit für seine Mutter, deren einziger Sohn er war, erfüllt.

Ein Gewerkschaftskassenmarder stand in der Person des 1870 in Elsefeld i. Vogtland geborenen Holzschleifers Meißel vor dem Chemnitzer Landgericht. M. ist ein vielfach bestrafter Mensch, der gegenwärtig wegen Rückfallsbetruges eine zweijährige Zuchthausstrafe verbüßt. Er gab sich bei Zahlstellenvorsitzenden als Opfer des Streiks bei Seidel u. Naumann in Dresden aus und bat um Darlehne. In zwei Fällen hatte er Erfolg: die Bevollmächtigten des Holzarbeiterverbandes in Hainichen und Frankenberg ließen sich von dem Schwindler düpieren, der insgesamt 15 Mark bei ihnen erschwindelte. Er war geständig. Das Gericht erkannte auf eine Zusatzstrafe von einem Jahre Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe, an deren Stelle noch 40 Tage Zuchthaus treten.

Der bekannte Illustrator und Bildhauer Josef Engl ist im Alter von 40 Jahren gestorben. Engl ist vor allem als Mitarbeiter des „Simplicissimus“, zu dessen Stab er seit der Begründung des Blattes gehörte, bekannt geworden. Er war ein Virtuose in der satirischen Schilderung der bayerischen Volksstände, des Kleinbürgertums und der Bauern. Unter den „Simplicissimus“-Zeichnern konnte er als der behaglichste gelten; seine Art erinnerte noch daran, daß die Münchener Karikatur sich in den „Fliegenden Blättern“ entwickelt hat.

Attentat auf einen Vorgesetzten. Bei einer Schießübung im [illegible] gab ein Soldat des 96. Inf.-Reg. einen scharfen Schuß auf den wegen seiner Strenge sehr unbeliebten [illegible] Weber ab. Der Schuß verfehlte sein Ziel. Eine strenge Untersuchung ist eingeleitet worden. Der Täter wurde bisher nicht ermittelt. Allen Soldaten wurden die scharfen Patronen abgenommen.

Bei der Autlerei verunglückt. Bei einer Automobilfahrt verunglückte bei Baden-Baden die Gattin des Düsseldorfer Lotteriekollekteurs Schäfer. Die Frau ist tot, ein Sohn und eine Tochter sind schwer verletzt.

Blutiger Streit. Im Streit wurde in Körperich ein jugendlicher Arbeiter erstochen und sein zu Hilfe eilender Bruder lebensgefährlich verletzt.

Der Herr Vikar auf Abwegen. Wie die Straßburger „Bürgerztg.“ meldet, ist gegen den Vikar der Gemeinde Krust Haftbefehl erlassen worden wegen an Kindern begangener Sittlichkeitsverbrechen.

Lustmord. In dem Gelsenkirchen benachbarten Middelich wurde die 40 jährige Ehefrau des Bergmanns Grohte in einem Neubau erdrosselt aufgefunden. Sie war vergewaltigt. Vier junge Leute sind wegen Mordverdachts verhaftet worden.

Welches ist das gesündeste Land? In allen Kulturländern hat in den letzten Jahrzehnten infolge der Fortschritte des Heilwesens und der Volkshygiene eine Abnahme der Sterberate stattgefunden. Sie hat bewirkt, daß bei gleichzeitiger Verminderung der Geburtenziffern der Bevölkerungszuwachs im allgemeinen doch ziemlich stationär geblieben ist. Trotz dieser gleichen Tendenz sind die Sterblichkeitsverhältnisse in den einzelnen Ländern doch noch sehr verschieden, wie aus folgender Übersicht hervorgeht:

	Von je 1000 Einwohnern starben Durchschnitt 1881/85	Durchschnitt 1901/05	Abnahme in Proz
Deutschland	25,8	19,9	22,9
England und Wales	19,4	16,0	17,5
Frankreich	22,2	19,6	[illegible]
Österreich	30,2	24,0	[illegible]
Ungarn	32,9	26,2	[illegible]
Italien	27,3	21,8	[illegible]
Dänemark	18,4	14,8	[illegible]
Belgien	20,9	17,1	18,2
Niederlande	21,4	16,1	24,8
Neu-Süd-Wales . .	15,7	11,2	28,7
Victoria	14,7	12,7	13,6
Süd-Australien . .	14,7	10,8	26,5
Neu-Seeland . . .	10,9	9,9	9,2

Die günstigsten Sterblichkeitsverhältnisse weist demnach in Europa Dänemark auf (14,8 pro Tausend), die ungünstigsten Ungarn (26,2), während Deutschland mit 19,9 eine Mittelstellung einnimmt. Weit gesünder als in irgend einem der europäischen Staaten scheint jedoch das Leben in den australischen Kolonien zu sein. Und zwar ist es Neu-Seeland, das mit einer Sterberate von nur 9,9 auf je 1000 Einwohner den Vogel abschießt. Ein in diesem Lande Geborener hat die Aussicht, doppelt so alt wie ein Bewohner Deutschlands und fast dreimal so alt wie ein solcher des schönen Ungarlandes zu werden. Neu-Seeland darf also als das gesündeste Land der Welt betrachtet werden, wovon alle, die ihr Leben sehr lieb haben Kenntnis nehmen sollten.

Der stramme Bauernbursche gefiel der Komtesse. In der Gemeinde Revfalu hat sich vor kurzem ein Fall ereignet, der dem Liebesroman Rigo Jancsis und der Prinzessin Chimay in nichts nachsteht. Eine Komtesse, der Sproß eines der ältesten ungarischen Adelsgeschlechter, hat sich in einen Bauernburschen verliebt und ist mit ihm aus dem Elternhause durchgebrannt. „Budapesti Naplo“ erfährt über diesen neuesten Liebesroman die folgenden Details: Das Kastell zu Revfalu wird schon seit einer Reihe von Jahren vom Grafen Julius Pongracz und seiner Tochter, einem jetzt siebzehnjährigen reizenden Mädchen, bewohnt. Vor kurzem kam der Sohn eines in der Nachbarschaft wohnenden Bauern in das Kastell, wo er gerade vor den Fenstern der Komtesse zu tun hatte. Das Mädchen fand an dem schmucken kräftigen Bauernburschen Gefallen und trotz der strengen Aufsicht ihrer englischen Erzieherin gelang es der Komtesse, mit dem jungen Mann zusammenzutreffen. Eines Tages war dann das Schloßfräulein mit ihrem Liebhaber verschwunden. Einige Wochen später erschienen jedoch die Liebenden wieder in Revfalu und quartierten sich im Hause des Bauern ein. Der verzweifelte Graf unternahm bereits mehrere Versuche, um seine Tochter zur Rückkehr zu bewegen, die Komtesse fühlt sich jedoch im Hause ihres Geliebten überglücklich und will vom Elternhause nichts mehr wissen. Die Familie beabsichtigt jetzt, die Komtesse gewaltsam von ihrem Geliebten zu entfernen, und hofft, daß die junge Dame auf einer Reise im Auslande oder durch einen längeren Aufenthalt in einem — Sanatorium ihren Geliebten vergessen werde.

Perverse Wollüstlinge. Aus Lissabon wird gemeldet, daß die Polizei mehrere junge Männer, die begüterten Familien der Hauptstadt angehören, wegen unerhörten unsittlichen Treibens verhaftet hat, das an die Grausamkeiten zu Neros und Caligulas Zeiten erinnert. Der Schauplatz dieser Schandtaten war das einem jungen Fabrikanten namens Nimes gehörige Landgut unweit der Hauptstadt. Dorthin lockten sie junge Mädchen, um sie nach wüsten Gelagen durch Knechte gewaltsam entkleiden und mißhandeln zu lassen und sie dann in diesem Zustande den fürchterlichsten körperlichen Qualen unterwarfen. Zu anderen Scheußlichkeiten gaben nächtlicherweile abgehaltene Gerichtsverhandlungen Anlaß, bei denen die Verurteilten zu grausamen Bestrafungen der widerlichsten Art verurteilt wurden. Nicht allein Mädchen, sondern auch Männer wurden nach dem Gut gelockt und Torturen zur Belustigung von Nimes und seiner Genossen unterworfen. Schließlich gelang es doch einem der Mädchen, als die Wüstlinge in der Trunkenheit die Vorsicht außer acht ließen, zu entfliehen und die Polizei zu benachrichtigen. Die Verhaftung der Schuldigen rief das größte Aufsehen hervor. Die Polizei hatte Mühe, die Verhafteten vor der Volkswut zu schützen.

Literarisches.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erscheint: **„Von Genf bis Stuttgart“**, eine reich illustrierte Gedenknummer an den Internationalen Sozialistenkongreß zu Stuttgart. Dieses Gedenkblatt, im Format und Umfang unserer Heine-Nummer (16 Seiten), wird enthalten: Rückblicke und Erinnerungen an die Internationale von Genf bis Stuttgart. — Die Aufgaben der internationalen gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung. — Die Aussichten der neuen Internationale usw. Zu Mitarbeitern sollen die bekanntesten Parteigenossen aus allen Ländern herangezogen werden. — Die Illustrationen werden darstellen: Vorgänge auf dem Kongreß. — Porträts hervorragender Führer der internationalen Arbeiterbewegung. — Kongreßlokal und einige Blätter bedeutender Künstler verschiedener Länder. Auf die künstlerische Wiedergabe der Illustrationen werden wir besonderen Wert legen. Der Einzelpreis der Nummer beträgt 20 Pfg. Bei Partiebezug Rabatt. Ohne Remissionsrecht. Porto zu Lasten des Empfängers. Bestellungen werden bis spätestens den 27. August erbeten.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck